

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 15. Dezember 1966

Blatt 3881

"Weihnacht für Kinder und alte Leute"

=====

Bgm. Marek bei Weihnachtssendung von "Wien hat immer Saison"

15. Dezember (RK) Am Donnerstag, dem 22. Dezember, um 17 Uhr, wird die weihnachtliche Folge der Sendereihe "Wien hat immer Saison" über das Erste Programm des Österreichischen Rundfunks ausgestrahlt. Zu der Live-Sendung, die im Rundfunksaal des AEZ aufgenommen wird, wurden Mitglieder von Wiener Pensionistenklubs und Jugendliche der Wiener Schulgemeinde, die sich an der Sozialaktion der Wiener Berufsschüler beteiligt haben, eingeladen. Auch ein Chor der Volksschule in der Währinger Straße, die als musischer Schulversuch geführt wird und unter der Leitung von Frau Direktor Caffou steht, wirkt mit.

Das Programm steht unter dem Motto "Weihnacht für Kinder und alte Leute". Vilma Degischer, Kammerschauspieler Prof. Fred Liewehr und Fritz Muliar werden gemeinsam eine weihnachtliche Szene von Ernst Hagen darbieten. Hans Holt liest eine weihnachtliche Erzählung. Der bekannte russische Baß Boris Rubaschkin singt Lieder seiner Heimat und wird dabei von Prof. Norbert Pawlicki und seinen Solisten begleitet, die auch für die musikalische Gestaltung der Sendung sorgen. Sprecher ist Walter Niesner.

./.

Bürgermeister Bruno Marek wird im Rahmen dieser Sendung Grußworte an die große Hörergemeinde von "Wien hat immer Saison" nicht nur in Österreich, sondern auch in der Schweiz und anderen benachbarten Staaten richten.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zur Weihnachtssendung von "Wien hat immer Saison", am Donnerstag, dem 22. Dezember, 17 Uhr, im Rundfunksaal des AEZ, 3, Landstraßer Hauptstraße 2 a, Berichterstätter und Fotoreporter zu entsenden. Saaleintritt mit Presseausweis.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß morgen Freitag, den 16. Dezember, um 11 Uhr, Bürgermeister Bruno Marek im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses die vom Gemeinderat verliehenen Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Gold an emerit. Univ.-Prof. DDr. Heinrich Benedikt, akad. Maler o.Hochschulprofessor Sergius Pauser, o.Hochschulprofessor Otto Siegl und Senatsrat i.R. Prof. Anton Tesarek überreicht.

Ferner erinnern wir daran, daß gleichfalls morgen Freitag, um 15 Uhr, Stadtrat Maria Jacobi im Stadtpark-Kindergarten Pflüegepuppen verteilt, die von den Kindern "adoptiert" werden dürfen, wenn sie sie ein Jahr lang gut pflegen.

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 19. bis 25. Dezember
 =====

15. Dezember (RK)

Montag, 19. Dezember:

- 11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Kulturant - Theater der Jugend:
 7. Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen;
 Wiener Symphoniker, Walter Puschacher (Violine), Ingold
 Platzer (Sprecherin), Dirigent Milo Wawak (Auber: Ouvertüre
 zu "Fra Diavolo"; Beethoven: Romanze für Violine und
 Orchester F-dur op. 50; Kaufmann: "Zirkus Poldrini";
 Dvořák: Konzertouvertüre "Karneval" op. 92)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs:
 4. Konzert im Zyklus I A (Wiederholung des 4. Konzertes
 im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM); Wiener
 Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent
 Karel Ancerl (Schostakowitsch: 9. Symphonie; Dvořák:
 Violinkonzert a-moll op. 53; Janáček: Sinfonietta)
- 20.00 Uhr, Minoritenkirche: Musikalische Jugend Österreichs - Gesell-
 schaft für alte Musik: "Iudud Danielis"; Ensemble
 "Musica antiqua"; Wiener Sängerknaben, Choralschola,
 Leitung Dr. René Clemencic

Dienstag, 20. Dezember:

- 11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Kulturant - Theater der Jugend:
 1. Orchesterkonzert für Schüler der vierten Klassen;
 Wiener Symphoniker, Helmut Ottner (Klavier), Dirigent
 Hans Swarowsky (Mozart: Overtüre zu "Die Zauberflöte";
 Beethoven: 1. Satz aus der 5. Symphonie c-moll op. 67;
 Smetana: "Doe Moldau"; Liszt: 3. und 4. Satz aus dem
 Klavierkonzert Es-dur; Strawinsky: Teufelstanz, Wiegen-
 lied und Finale aus "Der Feuervogel"; Johann Strauß:
 Walzer "Künstlerleben")
- 19.30 Uhr, Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus
 VI (Wiederholung des 5. Abonnementkonzertes des
 Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters); Ton-
 künstlerorchester, Rudolf Buchbinder (Klavier), Dirigent
 Carl Melles (Weber: Overtüre zu "Oberon"; Haydn: Klavier-
 konzert D-dur; Dvořák: Symphonie e-moll "Aus der Neuen
 Welt")
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brhms-Saal: Musikalische Jugend Österrreichs:
 3. Konzert im Zyklus X (Wiederholung des 3. Konzertes
 der GdM); Musikvereinsquartett (Beethoven: Streichquartett
 G-dur op 18/2; Hindemith: 3. Streichquartett op. 22;
 Schubert: Streichquartett d-moll "Der Tod und das Mädchen")

Mittwoch, 21. Dezember:

- 11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Kulturamt - Theater der Jugend:
2. Orchesterkonzert für Schüler der vierten Klassen;
Wiener Symphoniker, Helmut Ottner (Klavier), Dirigent
Hans Swarowsky (Mozart, Beethoven, Smetana, Liszt,
Strawinsky, Johann Strauß)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Wohltätigkeitskonzert zugunsten
der Krebsforschung; Orchester des Neuen Wiener Konzert-
vereins, Karla Slavikova (Violine), Dirigent Karl
Österreicher (Mozart: Cassation II B-dur; Tschaikowsky:
Violinkonzert; Beethoven: 8. Symphonie)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal: Gesellschaft der Musikfreunde:
3. Konzert des Musikvereinsquartetts (Beethoven: Streich-
quartett G-dur op 18/2; Hindemith: 3. Streichquartett
op. 22; Schubert: Streichquartett d-moll "Der Tod und
das Mädchen")

Donnerstag, 22. Dezember:

- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: ÖVP-Frauenbewegung: Weih-
nachtskonzert; Niederösterreichisches Tonkünstler-
orchester, Chorvereinigung "Jung Wien", Dirigenten Karl
Etti und Leo Lehner (Mozart: "Krönungsmesse";
Berlioz: Ouvertüre "Die Flucht nach Agypten";
Schubert: 5. Symphonie)
- 19.30 Uhr, Wiener Funkhaus, Großer Sendesaal: Österreichischer
Rundfunk - Radio Wien: 1. Konzert im Zyklus V; Orchester
von Radio Wien, Silvia Kind (Cembalo), Paul Walter Fürst
(Bratsche), Karl Stierhof (Bratsche), Dirigent Kurt Rapf
(Leitermeyer: Orchestersuite aus dem Kinderballett
"Das Waldfest"; Takacz: Partita für Cembalo und Orchester;
P.W. Fürst: Konzert für zwei Bratschen und Orchester
op. 23 a; H. Eder: Suite aus dem Ballett "Nausikaa")

Die Budgetberatungen im Rathaus:Bauangelegenheiten

=====

15. Dezember (RK) Am heutigen sechsten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe VI (Bauangelegenheiten) behandelt. Stadtrat Kurt Heller (SPÖ) führte in seinem Referat aus:

"In der an baulichen Ereignissen reichen Geschichte unserer Stadt ist es das Jahr 1966, in dem Klarheit geschaffen wurde über den Ausbau eines neuen schienengebundenen Massenverkehrsmittels. Mit den Beschlüssen der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission vom 14. September 1966 und des Gemeinderates vom 17. November 1966 wurde zweifellos ein Markstein in der städtebaulichen Entwicklung unserer Stadt gesetzt.

U-Bahn-Planung

Ausgangspunkt unserer Arbeiten an einem Konzept für den öffentlichen Massenverkehr war Punkt 6 des Gemeinderatsbeschlusses vom 30. November 1961 über das städtebauliche Grundkonzept von Wien, in dem es heißt: 'Um eine möglichst reibungslose und wirtschaftliche Verbindung aller Stadtteile zu gewährleisten, ist in erster Linie die Entwicklung aller öffentlichen Verkehrsmittel erforderlich.'

Wie bereits in der Sondersitzung am 17. November berichtet wurde, haben es umfangreiche Grundlagenforschungen, Bodenaufschließungsuntersuchungen und zum Teil neu entwickelte wissenschaftliche Berechnungsmethoden ermöglicht, aus vielen Netz- und Ausbauvarianten ein aus vier Linien bestehendes Grundnetz zu entwickeln, das die Voraussetzung für jeden weiteren Ausbau des U-Bahn-Netzes bildet. Obwohl auch bereits einige Varianten für ein Gesamtnetz ausgearbeitet wurden, wird es doch notwendig sein, daß wir uns eine möglichst konkrete Vorstellung von der angestrebten räumlichen Entwicklung der Stadt, ein 'Leitbild' schaffen, bevor wir uns endgültig auf eine bestimmte Variante festlegen.

./.

Ich hoffe, daß es in naher Zukunft möglich sein wird, nach Vorlage exakter, wissenschaftlich fundierter Arbeiten die nötigen Entscheidungen des Gemeinderates herbeizuführen. Diese Entscheidungen werden dann die Basis für einen endgültigen Beschluß über ein Gesamtnetz und damit auch für einen Generalverkehrsplan sein, der sich ja im wesentlichen aus den Konzepten für den öffentlichen-, den Individual- und den ruhenden Verkehr ergibt.

Viele Fragen sind allerdings vorher noch zu klären; neben einer konkreten Vorstellung von den Möglichkeiten der künftigen Verteilung von Wohn- und Arbeitsstätten in unserem Stadtgebiet muß eine Analyse der heutigen Verkehrssituation und ihrer Entwicklungstendenzen vorgenommen werden. Natürlich sind auch die gewünschten Wohnformen in den Neubaugebieten festzulegen. Bei dichter und hoher Bebauung können viele Menschen in der Nähe der Haltestellen der Massenverkehrsmittel wohnen, bei lockerer Bebauung werden entsprechende Zubringerdienste notwendig werden. Es wird auch zu prüfen sein, ob und in welchem Umfang bei verschiedenen Bebauungsvarianten das 'Park- and Ride'-System die Verbindung zwischen der Wohnung und dem Massenverkehrsmittel herstellen kann.

Parkraum-Problem

Ich möchte auch noch eine zweite Arbeit von außerordentlicher Bedeutung, die wir in der Gemeinderätlichen Planungskommission diskutieren konnten, nicht unerwähnt lassen, nämlich eine umfangreiche und überaus interessante Untersuchung der Wiener Parkraumprobleme, die im Jahre 1966 ihren vorläufigen Abschluß fand. Wie Sie wissen, wurde eine solche Untersuchung für die Innere Stadt bereits im Jahre 1958 angestellt. Professor Dorfwirth stellte damals - wohlgemerkt 1958 - durch Verkehrszählungen und durch die Auswertung von Luftbildaufnahmen die Verstellung wichtiger Teile des 1. Bezirkes durch rund 8.000 Dauerparker fest.

Die nunmehr vorliegende Studie umfaßt zunächst die Bezirke 1 bis 9 und 20; eine Ausdehnung über das restliche bebaute Stadtgebiet ist im Gange. Ich habe bereits im Vorjahr auf einige Probleme hingewiesen, die bis zum Eintritt der Vollmotorisierung, den die Fachleute für das Jahr 1980 prophezeihen, gelöst werden müssen. Wir werden bis zu diesem Zeitpunkt mehr Verkehrsflächen, vor allem aber mehr Stellplätze benötigen. Vorsichtige Schätzungen erwarten im Jahre 1980 für Wien ein Defizit von ungefähr 400.000 Stellplätzen.

Die Parkraumstudie von Professor Dorfwirth wurde durch eine Untersuchung von Architekt Pangratz über die 'Unterbringung von Kraftfahrzeugen bei Wohn- und Arbeitsstätten' ergänzt. Auch diese Arbeit hat wertvolle Erkenntnisse erbracht, mit denen sich die Stadtplanungskommission ebenfalls am 14. September dieses Jahres beschäftigt hat. Über die Ergebnisse beider Arbeiten soll die Öffentlichkeit in Kürze informiert werden. Anschließend daran werden sich fachlich qualifizierte Arbeitsteams mit der Realisierung der einzelnen Lösungsvorschläge beschäftigen.

Wien und sein Umland

Außerordentlich viele städtebauliche Überlegungen und Planungsarbeiten dieses Jahres weisen wieder mit aller Deutlichkeit auf die engen Wechselbeziehungen zwischen Wien und seinem Umland hin. Einige dieser Probleme, zum Beispiel die Flughafen- und Flugplatzplanung im Wiener Raum und der Hochwasserschutz umfassen die ganze Wiener Stadtregion, andere betreffen nicht minder wichtige örtlich begrenzte Festlegungen, die nur gemeinsam mit dem Land Niederösterreich erfolgen können.

Die auf Grund der Initiative des Wiener Landeshauptmannes und des leider verstorbenen niederösterreichischen Landeshauptmannes wieder begonnenen Gespräche über die Behandlung der Planungsfragen, die Wien und Niederösterreich gemeinsam berühren, wurden und werden intensiv fortgeführt. Wir erhoffen uns von diesen Arbeiten wirksame Maßnahmen zum Wohl der Bevölkerung der beiden Bundesländer. Wie Fachleute auf Grund neuester Untersuchungen immer wieder betonen, ist die Gemeinschaft, die Ost-Österreich, das heißt Wien, Niederösterreich, das Burgenland und Teile der Steiermark zusammen bilden, auch eine Verpflichtung zu gemeinsamer Entwicklungspolitik.

Die Entwicklungspolitik innerhalb der Verwaltungsgrenzen unserer Stadt ist ebenso eine Verpflichtung gegenüber der Region Wien, wie auch dem Gesamtstaat gegenüber. Die Planung in Wien stützt sich daher immer wieder auf Forschungen, die ganz Österreich und vor allem die Region Wien - Niederösterreich - Burgenland betreffen. So wurde die Frage der Zuwanderung nach Wien eingehend studiert. Dabei zeigten sich Aspekte, die schlagartig die großen Aufgaben beleuchten, die der Region Wien gestellt sind. Die Zuwanderung in die Großstadt kommt fast ausschließlich aus Niederösterreich und dem Burgenland, wo jedoch teilweise bereits eine ähnlich ungünstige Bevölkerungsstruktur vorhanden ist wie in Wien. Eine dieser Untersuchungen ergab, daß die Zahl der arbeitsfähigen Personen in Wien und in der Region in den nächsten Jahren zurückgehen wird. Erst in der kürzlich über Anregung des ehemaligen Ministers Dr. Kreisky durchgeführten Tagung über die Raumordnungspolitik in Niederösterreich kam dies deutlich zum Ausdruck. Derartige Zukunftsaussichten verpflichten zu rascher Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den in Betracht kommenden Gebieten.

In den Umland-Beziehungen spielen die Zentren eine große Rolle. Diese Spezialfrage wurde daher für ein regionales Einkaufszentrum im Süden und einige weitere Zentrenstandorte in den Entwicklungsgebieten näher behandelt.

Auch mit der Auswertung der gewerblichen Betriebszählung 1964 wurde begonnen, deren Material nach 220 Zählbezirken und verschiedenen besonderen Gesichtspunkten der Stadtplanung aufbereitet, vom Österreichischen Statistischen Zentralamt im Laufe dieses Jahres übergeben wurde.

Über das Ausmaß der Betriebskonzentration liefert die gewerbliche Betriebszählung ebenso Angaben, wie über die Bedeutung einzelner Wirtschaftszweige für Wien.

Ein anderes Grundsetzproblem ist die Fluktuation der Arbeitskräfte in Wien. Die in Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt und den Arbeiterkammern für Wien und für Niederösterreich durchgeführte Analyse zeigt die bereits dargelegte Entwicklung. Auch diese Erscheinung spricht für die Förderung der Randwanderung bestimmter Betriebe und stellt uns die Aufgabe, in Hinkunft den Wohnungsbau mit der Schaffung von Arbeitsstätten in den Neubaugebieten noch besser zu koordinieren. Entgegen anderen Behauptungen ist in unserer Stadt genügend Raum für die erfreuliche räumliche Expansion unserer Wirtschaft vorhanden, ja die Neuansiedlung von Betrieben in Wien ist nicht nur erwünscht, sondern auch möglich.

Die alte City

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich die Frage, wie sich diese Entwicklung auf die traditionsreiche Wiener City auswirkt. Dieses Problem war ein weiterer wichtiger Punkt in unserem diesjährigen Arbeitsprogramm.

Eine andere Arbeit, die die Stadtentwicklung auf lange Sicht betrifft, ist die Durchleuchtung der wirtschaftlichen und räumlichen Verflechtungen verschiedener Wirtschaftszweige besonders in dicht bebauten Stadtgebiet. Das Wiener Institut für Standortberatung arbeitet an einer Reihe von Modelluntersuchungen.

Und die neue Stadt

Um auch in den in den nächsten Jahren zu erschließenden Teilen unserer Stadt eine optimale städtebauliche Entwicklung zu sichern, werden Grundsatzstudien zur Bobauung in neuen Gebieten angestellt. Hier möchte ich vor allem die Vorarbeiten zu dem internationalen städtebaulichen Ideenwettbewerb für das Gebiet Inzersdorf-Vösendorf erwähnen. Diese Arbeiten wurden vor mehr als einem Jahr begonnen; sie sind nun so weit gediehen, daß der Wettbewerb im kommenden Jahr ausgeschrieben werden kann.

Eine ähnlich bedeutsame Aufgabe schließt sich räumlich direkt an das Projekt des neuen Stadtteiles an. Auf dem Gelände der Wienerberger Ziegelfabriken soll, dem Wunsch des Grundeigentümers entsprechend, aber auch im Sinne einer geordneten Entwicklung des südlichen Stadtrandes, eine Konzentration von Betriebsbauten entstehen.

Das Gebiet steht in direktem Zusammenhang mit der Planung des neuen Stadtteiles Inzersdorf - Vösendorf sowie der projektierten Neubebauung im Bereiche 'Am Schöpfwerk'.

Für einen anderen Stadtteil haben wir einen städtebaulichen Ideenwettbewerb ausgeschrieben, der derzeit mit reger Beteiligung läuft, und zwar für die Umgebung von Groß Jedlersdorf. Zur Vorbereitung wurden ebenso wie für den neuen Stadtteil in Inzersdorf-Vösendorf spezielle Studien der Verkehrssituation, der Grünflächen- und Zentrenplanung, der Situation im Hinblick auf öffentliche Einrichtungen und auf die Wohnverhältnisse angestellt. Der Wettbewerb umfaßt ein Gebiet, das über 60 Hektar groß ist und in dem in Hinkunft etwa 10.000 Einwohner leben werden.

Altstadtsanierung

Mehr als früher müssen wir uns nunmehr auch mit Fragen der Altstadtsanierung befassen, für die grundsätzliche Vorarbeiten geleistet wurden. Nach der Sicherung des Bestandes unserer Altstadt und des Bestandes einiger alter Ortskerne durch die bekannten Flächenwidmungs- und Bebauungsplanbeschlüsse des Gemeinderates, ist nunmehr das Gewicht baulich-gestalterischer Fragen in diesen Bereichen besonders groß, wie zum Beispiel die Vorarbeiten für den städtebaulichen Wettbewerb Karlsplatz zeigten, der nunmehr seinen Abschluß fand.

Raumordnung und Baukonzepte

Noch immer fehlt ein Raumordnungskonzept für ganz Österreich. Erfreulicherweise wird bereits an einem 'Gutachten über die Aufgaben und Ziele einer Raumordnungspolitik für Österreich' gearbeitet. Die Vorbereitungsarbeiten zu diesem Gutachten, die anlässlich einer Besprechung auf Länderebene zu, ich möchte beinahe sagen, Ausfällen gegen die bisher in mancher Hinsicht benachteiligten östlichen Gebiete unseres Landes geführt haben, aber auch die Tatsache, daß dieses Gutachten anscheinend unter Zeitdruck erstellt werden soll, mahnen uns zur Vorsicht. Neben den berechtigten Anliegen der entwicklungsbedürftigen Gebiete dürfen die Probleme der Städte und Industriegemeinden nicht vergessen werden. Man muß bei diesem Gutachten entgegen

der vorliegenden Disposition alle Faktoren berücksichtigen. Die Großstadt hat nicht nur große Einnahmen, die übrigens von ihrer Bevölkerung erarbeitet werden, sondern auch große und kostspielige Aufgaben zu erfüllen, jedenfalls größere und kostspieligere als andere Gebietskörperschaften. Die Aufschließung neuen Baulandes, die Erneuerung alter Stadtteile, die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, die Schaffung öffentlicher Einrichtungen und die Probleme der Energieversorgung sind nirgends so schwierig und kostspielig wie in den großen Stätten. Dies ist aber in der öffentlichen Meinung so gut wie unbekannt. Man weiß zwar allgemein, daß Autobahnen und Bundesstraßen ausgebaut werden müssen, daß es unterentwickelte ländliche Gebiete gibt, man kennt aber nicht die Nöte der Großstädte. Hier müßte, noch vor Fertigstellung des Raumordnungsgutachtens, eine gezielte sachliche Meinungsbildung einsetzen.

Ich habe erwähnt, daß wir uns der modernsten Mittel bedienen müssen, um unsere Aufgaben erfüllen zu können. Nicht nur, weil es uns wegen der herrschenden Personalnot nicht möglich ist und voraussichtlich auch in Zukunft nicht möglich sein wird, alle Dienstposten zu besetzen, sondern weil die fortschreitende Verwendung von Elektronenanlagen eine Umstellung verlangt. Vor zwei Jahren konnte ich Ihnen über die versuchsweise Anwendung der Netzplantechnik berichten. Die vorliegenden Ergebnisse sind durchaus ermutigend, und wir werden daher auch im nächsten Jahr auf mehreren städtischen Baustellen die Netzplantechnik anwenden. Zur Zeit ist eine Gruppe von Fachleuten damit beschäftigt, Vorschläge für eine entsprechende Anpassung unserer Verdingungsvorschriften auszuarbeiten, sodaß künftig schon bei der Ausschreibung die Vorlage eines mit Hilfe der Netzplantechnik ausgearbeiteten Terminplanes verlangt werden kann. Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch eine Entwicklungsarbeit des Stadtbauamtes erwähnen, die die Erstellung langfristiger Baukonzepte zum Gegenstand hat. Ziel der Untersuchungen ist es zu klären, mit welchen Methoden der modernen Unternehmensforschung, Datenverarbeitungstechnik mit Erfolg im Bauwesen angewendet werden kann.

Dies geschieht in engster Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung und wir konnten bereits interessante Ergebnisse gewinnen.

Lob für Lehrlinge

Viel Freude bereiten uns nach wie vor unsere Lehrlinge. Die im September 1965 aufgenommenen Lehrlinge des Technischen Dienstes haben in ihrem ersten Lehrjahr teils mit ausgezeichnetem Erfolg abgeschnitten und das hohe Gesamtniveau zeigt die Tatsache, daß die schlechteste Note von allen 22 Lehrlingen nur ein Vierer ist. Dieser Umstand ermutigt die Stadtbaudirektion, im nächsten Jahr wieder 35 Lehrlinge des Technischen Dienstes einzustellen. Den in den Abteilungen mit der Ausbildung befaßten Bediensteten möchte ich bei dieser Gelegenheit herzlich danken.

Bauüberwachung

Gestatten Sie mir, bitte, auch einige Worte zur Baudurchführung zu sagen. Bezüglich Arbeitsvergebung möchte ich darauf hinweisen, daß diese auf Antrag des zuständigen Referenten, in der Regel nach Prüfung und Kontrolle durch den Bauinspizienten, den Baugruppenleiter, den Abteilungsleiter und die Organe der Stadtbaudirektion durch die jeweils nach den Baukosten zuständigen Organe der Stadtverwaltung, das sind der Abteilungsleiter, der zuständige Stadtrat, der zuständige Ausschuß und der Gemeinderat, erfolgt. Wir unterscheiden auch sehr genau zwischen Billigst- und Bestanboten. Ich darf Ihnen die Versicherung geben, daß wir immer wieder untersuchen lassen, ob die abgegebenen Billigstanbote tatsächlich preisangemessen sind oder ob es sich um Unteranbote handelt. Natürlich wird auch die Preisangemessenheit nach oben genau geprüft. Dem Preisprüfungs- und Verdingungsreferat der Stadtbaudirektion werden unklare Angebote vor Vorlage an die für die Entscheidung zuständigen Stellen zu einer eingehenden Überprüfung im vorgenannten Sinn zugeleitet. Wir versuchen jedenfalls alles, um möglichst wirtschaftlich zu bauen und in der Koordinierung, in der Vergabe und in der Bauüberwachung ein Optimum gewährleisten zu können.

./.

Vielleicht darf ich noch berichten, daß Kollektivvertragsänderungen im Sommer 1966 zur Folge hatten, daß der von der österreichischen Bauinnung errechnete Baukostenindex von Dezember 1965 bis Oktober 1966 um 4,1 Prozent gestiegen ist; eine weitere Steigerung des Baukostenindex ist im Februar und März 1967 zu erwarten, da die neuen Kollektivverträge Lohnerhöhungen für diesen Zeitraum vorgesehen haben.

Wien und der Bund

Obwohl in mehreren Gesprächen einige zwischen dem Bund und dem Lande Wien offene Probleme bereinigt und andere einer Lösung nähergebracht werden konnten, sind doch noch wichtige, zum Teil lebenswichtige Forderungen Wiens unerledigt. Wir freuen uns über die beabsichtigte Errichtung der Schnellbahnstationen Matzleinsdorfer Platz, Rennweg und Brünner Straße, wir begrüßen die Fortsetzung des Schnellbahnbetriebes nach Strebersdorf, Süßenbrunn und Liesing; wir würden aber auch eine baldige Entscheidung über die Freimachung des Nordbahnhofgeländes für höherwertige städtebauliche Aufgaben und die endliche Verwertung des rattenverseuchten im Zentrum Wiens gelegenen Freihausgeländes sehr begrüßen.

Leider konnte sich der Bund auch noch zu keiner Entscheidung hinsichtlich seiner Verpflichtung zum Bau der Hochwasserschutzanlagen in Wien aufrufen.

Bei unseren Autobahn- und Bundesstraßenbauten ist es seit 1. Juli 1964 bekanntlich etwas besser geworden. Gut oder gar gerecht ist der jetzige Zustand allerdings noch lange nicht. Zur Herstellung einer auch nur annähernden Gleichstellung Wiens mit den anderen Bundesländern auf diesem Gebiete wird die Erklärung weiterer Wiener Straßen zu Autobahnen und Bundesstraßen erforderlich sein. Unsere diesbezüglichen Wünsche sind dem Bund bekannt, sie werden sicher noch erweitert werden müssen. An besonders kritischen Stellen wird der Bund seinen Verpflichtungen möglichst rasch nachkommen müssen, so zum Beispiel bei der Beseitigung der beiden schienengleichen Kreuzungen in der Altmannsdorfer Straße, beim Ausbau der Prager Straße von der Stadtgrenze bis zur Rußbergstraße und bei der Sanierung des Kreuzungsbereiches der Simmeringer Hauptstraße mit der Donauländebahn an der Stadtgrenze bei Schwechat. Auch der Lösung der Parkraumprobleme vor dem Schloß Schönbrunn wird sich der Bund nicht entziehen können. ./.

Bauen für 3,4 Milliarden

Nun zu den Bauaufgaben des nächsten Jahres. Während die Einnahmen gegenüber dem Jahre 1966 von 243,3 Millionen Schilling auf 226,9 Millionen Schilling sinken, erhöhen sich die Ausgaben um 214,739.000 Schilling auf 1.905,007.300 Schilling, das sind 12,7 Prozent. Die Abteilungen meiner Verwaltungsgruppe werden auch im Jahre 1967 Bauarbeiten für andere Verwaltungsgruppen durchführen. Die für diese Arbeiten vorgesehenen Ausgabenansätze betragen insgesamt 612 Millionen Schilling.

Für das Bau- und Baunebengewerbe und damit, so wollen wir hoffen, für die Vollbeschäftigung in unserer Stadt, stehen im Voranschlag 1967 insgesamt 3.407 Millionen Schilling zur Verfügung.

Von den Bauten für andere Verwaltungsgruppen darf ich auf die Errichtung von Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Bädern, Märkten, Sportanlagen und Feuerwachen hinweisen. Im besonderen erwähne ich den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, der große Fortschritte gemacht hat, das Rudolfsspital und die großen Bauvorhaben im Wilhelminenspital. Für den Neubau des Schlachthofes in St. Marx und den Großgrünmarkt in Inzersdorf laufen noch Planungsarbeiten, die sehr komplexer Natur sind und noch manche Überlegungen notwendig machen werden.

Bei unseren Hochbauplanungen, aber auch bei Tiefbauten werden viele freischaffende Architekten und Zivilingenieure eingesetzt. Erlauben Sie mir bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die Möglichkeiten unserer Architekturabteilung, auf die architektonische Gestaltung nichtstädtischer Bauten Einfluß zu nehmen, sehr gering ist. Vielleicht ist das aber gar nicht so schlecht. Kann und soll denn ein Amt wirklich feststellen, was künstlerisch gut oder schlecht ist? Manchmal sind es die gleichen Kreise, die einmal laut nach einem Einschreiten der Architekturabteilung rufen, im nächsten Augenblick aber dieses Einschreiten als Architekturdiktat verdammen.

Ich glaube, in unserer Stadt wurde in den letzten Jahren in architektonischer Hinsicht viel Gutes, weniger Gutes und zugegebenermaßen auch Schlechtes geschaffen, wie anderswo auch.

7.500 Wohnungen im Bau

Auch im Jahre 1967 werden die meisten Mittel für den Wohnungsbau ausgegeben. Insgesamt sind Ausgaben in der Höhe von 1.071,787.200 Schilling vorgesehen, davon sollen für bauliche Herstellungen, also für den eigentlichen Wohnungsbau 1.060 Millionen Schilling gegenüber 988 Millionen Schilling im Jahre 1966 verwendet werden. Im Jahr 1966 konnten wir mehr als 5.000 Wohnungen in herkömmlicher und vorgefertigter Bauweise fertigstellen, rund 7.500 Wohnungen sind derzeit im Bau. Das Wohnbauziel dieser Funktionsperiode wird, wenn auch unter großen Anstrengungen, bis zum Jahre 1969 erreicht sein. Für das kommende Jahr ist der Baubeginn von ungefähr 5.200 Wohnungen vorgesehen, ca. 3.200 Wohnungen davon werden in herkömmlicher, 2.000 in Montagebauweise errichtet werden.

Bei der Budgeterstellung sind wir von der optimistischen Annahme ausgegangen, daß wir trotz der im Juli 1966 eingetretenen und per 31. März 1967 vereinbarten Lohnerhöhungen die Preise im Wohnungsbau werden halten können. Wir haben daher unseren Berechnungen für bestausgestattete Wohnungen, einschließlich aller Nebenkosten, einen Quadratmeterpreis von 3.250 Schilling zu Grunde gelegt.

Wie in den vergangenen Jahren werden wir auch im Jahre 1967 die Baubeginne auf einzelne Baustufen aufteilen, und zwar diesmal im wesentlichen auf zwei, wobei in der ersten Baustufe bis April mit dem Bau von rund 2.000 und in der 2. Baustufe, von Mai bis August, mit dem Bau von rund 1.200 Wohnungen, davon auch Fertigteilwohnungen, begonnen werden soll. Das Fertigteilbauprogramm, mit dem Baubeginn von ca. 2.000 Wohnungen soll das ganze Jahr über laufen. Wir hoffen, daß wir darüber hinaus Wohnungen mit Hilfe von Darlehen aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds errichten können.

Im Voranschlag ist jedenfalls dafür ein Betrag von 25 Millionen Schilling eingesetzt. Es besteht die Absicht, auf diesem Sektor 150 bereits im Bau befindliche Wohnungen fertigzustellen und mit dem Bau von 330 Wohnungen neu zu beginnen. Darüber hinaus wird durch Zusatzdarlehen zu Darlehen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und durch Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 der Bau von weiteren 4.300 Wohnungen ermöglicht, zu denen noch im Rahmen der Wiener Wohnbauaktion 1964 der Bau zusätzlicher 2.000 Wohnungen kommen soll. Das ergäbe für das Jahr 1967 eine Gesamtwohnbauleistung von 11.500 Wohnungen.

Im Zuge unserer Rationalisierungsbestrebungen sollen zwei bisher versuchsweise ausgeführte Methoden in Zukunft verstärkt angewendet werden. Es sind dies kunstharzbeschichtete Estriche auf Balkonen an Stelle von Isolierung, Schutzbeton und Asphaltierung, und die Herstellung des Kellermauerwerkes in Sperrbeton. Dadurch können die bisher notwendige untere und obere Horizontalisolierung sowie die dreimalige Vertikalisolierung samt Vorbereitung des Untergrundes und die sogenannte Schutzschichtung entfallen. Beide Methoden bringen neben Vereinfachungen der Arbeitsvorgänge auch Kosteneinsparungen.

Für die Arbeiten der Stadt- und Landesplanung sind 6,250.000 Schilling vorgesehen. Die Leistungsfähigkeit unserer Planungsabteilung konnte erst vor kurzem durch zehn neue Dienstposten erhöht werden.

Immer mehr Zentralheizungen

Im Zusammenhang mit unseren Wohnhausbauten, aber nicht nur damit, gewinnen die Arbeiten unserer Heizungs- und Installationsabteilungen immer mehr an Bedeutung. Diese beiden Abteilungen, die Magistratsabteilungen 32 und 34, wurden bisher mehr oder weniger als selbstverständliche Helfer des Hoch- oder Tiefbaues angesehen und ihre Arbeit erregt immer erst dann Aufmerksamkeit, wenn irgend etwas nicht funktioniert.

./.

Die Bedeutung unserer Heizungsabteilung, die Sie unter den Rubriken 614 - 615 finden, wird aber gerade in diesem Jahr schon durch die Einnahmen- und Ausgabenansätze sehr deutlich. Die Einnahmen der Heizungsbetriebe stiegen von 11,499.900 auf 66,831.500 Schilling, die Ausgaben von 36,469.900 auf 167,031.500 Schilling. Was verbirgt sich hinter diesen enormen Steigerungen? Die Tatsache, daß immer mehr städtische Anlagen zentralbeheizt werden, aber auch die Tatsache, daß dazu gewaltige technische Leistungen erforderlich sind. So werden zum Beispiel derzeit bereits 8.700 städtische Wohnungen zentralbeheizt, für 4.325 Wohnungen sind Zentralheizungen im Bau und an der Planung von weiteren 12.143 zentralbeheizten Wohnungen wird gearbeitet. Daneben werden Zentralheizungsanlagen für Kindergärten, Schulen, Spitäler und eine Reihe weiterer städtischer Einrichtungen instandgehalten, betrieben und neu gebaut. Das bedeutendste Bauvorhaben des Jahres 1967 wird der Bau des Fernheizwerkes Spittelau sein. Allein für dieses Bauvorhaben ist ein Betrag von 108 Millionen Schilling vorgesehen, zu dem allerdings der Bund 50 Millionen Schilling beisteuert. Insgesamt sind für den Neubau und die Erhaltung der wärme-, kälte- und maschinentechnischen Einrichtungen im Bereich der Hoheitsverwaltung im nächsten Jahr Beträge in der Höhe von 302 Millionen Schilling vorgesehen.

Straßenbau

Die Erhaltung und vor allem die Verbesserung der Erneuerung unserer Verkehrsflächen gehört zu den großen Sorgen der Stadtverwaltung. Im Voranschlag für das Jahr 1967 sind für den reinen Straßenbau Beträge in der Höhe von 222,878.800 Schilling eingesetzt. Das ist nicht genug; so wurde zumindest anlässlich der Generaldebatte festgestellt. Ich darf darauf hinweisen, daß es mehr ist als im Vorjahr und daß außerdem weitere nicht unerhebliche Mittel für die Lösung unserer Straßenverkehrsprobleme auf anderen Rubriken des Voranschlages untergebracht sind.

Daher bitte ich auch, den sehr problematischen Kopfquotenberechnungen, die alljährlich von Gesellschaften, die am Straßenbau besonders interessiert sind, aufgestellt werden, nicht allzugroße Beweiskraft zuzuerkennen. Man kann bekanntlich, das haben wir schon in der Volksschule gelernt, nicht Zwetschken mit Birnen vergleichen und man muß, um zu objektiven Vergleichszahlen zu kommen, die für die Berechnung maßgeblichen Grundlagen auf einen Nenner bringen. Für Verkehrsbauten sind nicht nur die Straßenbaumittel maßgebend, sondern auch die entsprechenden Brückenbaumittel, aber auch die Beträge für Einbauten, für die öffentliche Beleuchtung und für Verkehrssignalanlagen. Wenn man aus dem Voranschlag die tatsächlich für Verkehrsbauten vorgesehenen Beträge heraussucht, kommt man auf einen Betrag von 507,720.000 Schilling. Wenn Sie zu diesem Betrag die für den Autobahn- und Bundesstraßenbau in Wien aufgewendeten Mittel hinzuzählen, dann kommen Sie auf eine Summe von insgesamt 826,430.000 Schilling.

Die Summen, die der Bund tatsächlich im Jahr 1967 für Wien ausgeben wird, sind aber noch nicht zur Gänze bekannt. Ich habe bei den Berechnungen unsere Wünsche eingesetzt, die auf dem Bundesstraßensektor 46,3 Millionen und auf dem Autobahnsektor 272,4 Millionen Schilling betragen. Die uns bisher aus dem Bundesministerium für Bauten und Technik zugekommenen Informationen sind sehr optimistisch, sodaß ich schon heute für das Jahr 1967 ein gewaltiges Wiener Straßenbauprogramm ankündigen kann.

In städtischen Straßenbau haben wir heuer den Endausbau des Lastenstraßenzuges in Angriff genommen. Der Abbau der provisorischen Gleisanlagen und die notwendigen umfangreichen Einbauten haben es leider unmöglich gemacht, noch vor Eintritt des Schlechtwetters den gesamten Straßenbau fertigzustellen. Wir werden uns bemühen, die Behinderungen während des Winters auf ein Minimum zu beschränken und mit Eintritt des besseren Wetters die Arbeiten rasch zum Abschluß zu bringen. Diese Zusage gilt vor allen für den Bereich der Wiener Messe und des Volkstheaters.

Auch im Bereich der Straßenbahntieflegung auf dem Margareten- und Wiedner Gürtel mußten einige Straßen umgebaut werden. Vor kurzem war es, zu meiner großen Freude, möglich, den stadtauswärtigen Verkehr über den Matzleinsdorfer Platz in die Triester Straße freizugeben.

Wir haben heuer an verschiedenen Kreuzungen Zebrastreifen mit einem sogenannten Signophalt-Belag hergestellt, die einen sehr guten Eindruck machen und nach ersten Erfahrungen auch dauerhaft sind.

Im Investitionsausweis zum Voranschlag für 1967 sind erstmals die beabsichtigten Arbeiten an Groß- und Hauptverkehrsstraßen detailliert ausgewiesen. Auch Beträge für diverse kleinere Straßenbauarbeiten in allen 23 Bezirken sind vorgesehen. Für vier Millionen Schilling sollen wieder alte Asphaltbeläge regeneriert werden. Bedeutende Summen werden Straßenneubauten bei städtischen und privaten Wohnhausanlagen, nämlich insgesamt 56 Millionen Schilling erfordern. Erwähnenswert ist noch ein Betrag von vier Millionen Schilling für Grundfreimachungen und ein Betrag von zwei Millionen Schilling für Detailprojektierungen. An die Verkehrsbetriebe bezahlen wir im Zusammenhang mit Straßenumbauten Beiträge in der Höhe von 22,875.000 Schilling.

Autobahn- und Bundesstraßenbau

Der Autobahn- und Bundesstraßenbau konzentrierte sich heuer auf den weiteren Ausbau der Bundesstraße 1. Ich darf vor allem den Ausbau der Grünbergstraße erwähnen, dann den Neubau der linksufrigen Wientalbegleitstraße bis zum Autobahnknoten Auhof. Diese Straße verläuft ab der Hütteldorfer Brücke auf einer Hangbrücke zwischen dem Westbahndamm und dem Wienflußbett und übersetzt schließlich auf der ebenfalls neu gebauten Nikolai-Brücke den Wienfluß. Sie wird dort mit der rechtsufrigen Begleitstraße vereinigt. Hangbrücke und Nikolai-Brücke haben eine Länge von 1.000 Metern.

Die rasche Durchführung dieser Brückenbauten wurde vor allem durch die Verwendung von Fertigteilen möglich. Im Zusammenhang mit diesem Bauvorhaben wurden unter anderem 1.750 Meter Bohrpfähle hergestellt. Im Bereiche dieser Baustelle wurde auch der Hackinger Steg abgetragen und an seiner Stelle eine neue Fußgeherbrücke errichtet. Leider ist die geplante Verbindung zwischen dieser Fußgeherbrücke und der Stadtbahnstation Hütteldorf noch nicht hergestellt. Wie mir von den Verkehrsbetrieben versichert wurde, wird das aber in Kürze der Fall sein. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Wientalbegleitstraßen wurde auch noch beim Pulverstampfator der Luhofsteg neu gebaut und die Fahrbahndecke auf dem Hietzinger Kai, zwischen der Mantlergasse und der Dommayergasse, erneuert. Da auch die Autobahn-Anschlußstelle Luhof inzwischen fertiggestellt wurde, hoffen wir, den Verkehr auf den neuen Wientalbegleitstraßen und der Autobahn noch im Jahre 1966 freigeben zu können. Sollte uns das Wetter einen Strich durch die Rechnung machen, wird die Freigabe in den ersten Monaten 1967 erfolgen.

Für den Ausbau der Klosterneuburg-Tullner Bundesstraße, wurde heuer die Detailprojektierung durchgeführt und der Erwerb der erforderlichen Grundstücke eingeleitet.

1967 werden vor allem die Um- und Ausbauten im Zuge der Bundesstraße 1 fortgesetzt und zum Abschluß gebracht werden. In der Altmannsdorfer Straße wird zwischen der Erlaaer Straße und der Triester Straße die Fahrbahn verbreitert, um die Einmündung der Bundesstraße 1 in die Triester Straße leistungsfähiger zu gestalten. Auf der rechten Wientalbegleitstraße wird eine Regenerierung des Fahrbahnbelages auf dem Hietzinger und Hackinger Kai erfolgen. Schließlich wird die Bundesstraße 1 vom Autobahnknoten Luhof bis zum Karl Seitz-Platz in Weidlingau vierspurig ausgebaut werden.

auf der Klosterneuburg-Tullner Bundesstraße, die ich bereits erwähnt habe, soll mit dem Ausbau im Abschnitt der Heiligenstädter Straße zwischen Nußdorf und der Stadtgrenze begonnen werden. Dort soll vor allem die notwendige Umlegung von Teilstrecken der Franz Josefs-Bahn in Angriff genommen werden. Auf den übrigen Bundesstraßen im Wiener Stadtgebiet werden im wesentlichen nur Erhaltungsarbeiten durchgeführt. Auf der Autobahn Süd sollen 1967 zunächst die Arbeiten in der Anschlußstelle "Inzersdorf" zum Abschluß gebracht werden, wobei es sich in der Hauptsache um die Verlängerung der Sterngasse nach Westen über die Triester Straße handelt. Im Abschnitt Inzersdorf-Favoriten, das ist der Teil zwischen Triester Straße und Favoritenstraße, wird im nächsten Jahr mit den Brückenbauten begonnen. Im Abschnitt Favoriten - Landstraße wird der Liegenschaftserwerb in Angriff genommen.

Auf der Nordostautobahn wird mit dem Bau der 4. Donaubrücke begonnen werden. Da eine Brücke ohne Straßenanschlüsse wertlos wäre, müssen bis zur Fertigstellung der neuen Donaubrücke natürlich auch die Straßenanschlüsse zu beiden Seiten des Stromes fahrbereit sein. Zu diesem Zwecke sollen auch die Bauvorbereitungsarbeiten auf der Strecke Landstraße - Handelskai und links der Donau in Angriff genommen werden, sodaß einem Baubeginn im Frühjahr 1967 nichts mehr im Wege steht.

Brücken- und Wasserbau

Wenn die Ausgabenansätze der Brücken- und Wasserbauabteilung gegenüber dem Vorjahr etwas kleiner geworden sind, so ist dies vor allem darauf zurückzuführen, daß für den Tunnel Lastenstraße nur mehr ein kleinerer Betrag nötig ist und auch die Schleuse in Nußdorf, für die wir 1966 noch 11,2 Millionen Schilling benötigen, 1967 nur mehr mit einer Restzahlung von 1.5 Millionen Schilling aufscheint. Wir haben die Absicht, im Jahre 1967 für den Brücken- und Wasserbau insgesamt 180,401.800 Schilling auszugeben.

Unsere Brückenbauabteilung hat im Jahre 1966 eine Reihe bedeutender Bauwerke fertiggestellt, so den ersten Wiener U-Bahn-Tunnel in der Lastenstraße, das Kreuzungsbauwerk Ketzergasse und die Brücke über die Südbahn im Zuge der Ruckergasse. Auch der Personentunnel unter dem Praterstern konnte seiner Bestimmung übergeben werden.

Ich habe mich im Vorjahr ausführlich mit dem Projekt der Stadt Wien für einen verbesserten Hochwasserschutz beschäftigt. Wenn auch die Verhandlungen mit dem Bund über die Finanzierung des verbesserten Hochwasserschutzes bedauerlicherweise noch zu keinem Ergebnis geführt haben, so wurde das zurückliegende Jahr von uns zu immer mehr ins Detail gehenden Arbeiten am Projekt selbst genutzt. An einem naturgetreuen Modell, das in dem mit Unterstützung der Stadt Wien errichteten Wasserbaulaboratorium der Technischen Hochschule im Donaupark von Professor Grzywiński gebaut wurde, wurden die Möglichkeiten der Sicherung von Dammkronen und Dammböschungen bei Überströmen untersucht. Ein zweiter großer Versuch wird im Gebiet des Ölhafens Lobau von Professor Borowicka von der Technischen Hochschule Wien durchgeführt. Aus diesem Versuch sollen Anhaltspunkte dafür gewonnen werden, ob die Dämme entlang der Donau, besonders auf ihrem linken Ufer, großen und langandauernden Hochwässern überhaupt standhalten könnten. beziehungsweise ob Querschnitt und Zustand der Dämme einer Höchstbelastung gewachsen sind. Die technischen Voraussetzungen für die notwendigen Entscheidungen zum Bau der Wiener Hochwasserschutzanlagen liegen jedenfalls vor und ich hoffe, daß im Jahre 1967 die letzten Voraussetzungen für den Bau selbst geschaffen werden können.

Unsere Brücken- und Wasserbauabteilung wird 1967 mit der Fertigstellung eines Heizkanals von der Gumpendorfer Straße bis zum Kreuzungsbauwerk Mariahilfer Straße die Arbeiten an der Lastenstraße fertigstellen und sich hauptsächlich der Großbaustelle Gürtel widmen. Die Brücke über den Wienfluß und die Stadtbahn im Zuge des Margaretengürtels soll bis zum Herbst 1967 fertiggestellt werden.

Ein echtes Problem stellt die Sanierung der Kreuzung der Erzherzog Karl-Straße mit der Ostbahn dar. Derzeit werden nochmals Überlegungen angestellt, ob tatsächlich auch die Straßenbahn unter der Ostbahn weitergeführt werden soll oder ob die Aufschließung dieses Gebietes nicht durch Autobus-Zubringer erfolgen kann.

Schwierigkeiten bereitet noch immer die Koordinierung dieses Bauvorhabens mit den Plänen und Absichten der Österreichischen Bundesbahnen, weil noch nicht feststeht, ob es zu einem Intervallbetrieb auf der Ostbahntrasse kommt oder nicht. Diese Entscheidung beeinflußt aber sehr maßgebend die Lage einer etwaigen Straßenbahnhaltestelle. Sollten sich die Österreichischen Bundesbahnen doch entschließen, diesen Intervallverkehr aufzunehmen und eine Umsteigstelle an der Erzherzog Karl-Straße zu errichten, dann würde das Kreuzungsbauwerk wesentlich anders aussehen, als wenn dies nicht der Fall ist. Ich hoffe doch, daß die noch offenen Fragen raschest geklärt werden können, damit mit dem Bauvorhaben selbst möglichst bald begonnen werden kann. Im Voranschlag ist für den Baubeginn an diesem Kreuzungsbauwerk ein Betrag von fünf Millionen Schilling eingesetzt.

Endlich kann auch nach sehr schwierigen Grundfreimachungs- und Bauvorbereitungsarbeiten mit dem Umbau der Lobkowitzbrücke begonnen werden. Die beabsichtigten Arbeiten umfassen die Eindeckung des Wienflusses auf einer Länge von etwa 100 Metern, die Herstellung eines Fußgehertunnels, die Errichtung einer Autobusbrücke neben dem Stationsgebäude der Stadtbahn und die Errichtung einer Verbindungsbrücke im Zuge der Ruckergasse - Fabriksgasse. Auch die Eisenbahnbrücke über den Straßenzug Bergmillergasse - Brauhausgasse - Stampfergasse muß umgebaut werden, da an dieser Stelle nur eine Durchfahrtsbreite von 2,50 Metern besteht; diese Durchfahrtsbreite soll auf zwölf Meter erweitert werden.

Ein kleines, aber wie ich glaube, sehr wichtiges Brückenbauvorhaben, ist in Inzersdorf geplant. Dort soll nahe der Autobahnabfahrt ein Fußgängersteg über die Triester Straße errichtet werden, da an dieser Stelle die Überquerung der Triester Straße äußerst gefahrvoll ist. Wie Sie wissen, liegt in diesem Bereich eine Schule und die Endstation einer Autobuslinie.

Die Unterabteilung für den Schutzwasserbau wird im kommenden Jahr die Arbeiten an der Eindeckung der Liesing fortsetzen und mit den Regulierungsarbeiten am Baulos Kalksburg der Liesingbachregulierung beginnen. Auch im Oberlauf der Liesing sind Arbeiten kleineren Umfangs zum Schutze der anrainenden Liegenschaften vorgesehen.

Da die Böschungsstrecke des Wienflusses flußaufwärts der Kiellmannsegg-Brücke Hochwasserschäden aufweist, muß vorerst eine Million Schilling für die Behebung dieser Schäden aufgewendet werden. Kleinere wasserbauliche Anlagen sind am Hammerschmidgraben in Döbling und am Mühlwasser im 22. Bezirk geplant.

Auf dem Sektor des Verkehrswasserbaues wird sich die Bautätigkeit, die in den letzten Jahren vornehmlich auf den Hafen Lobau konzentriert war, allmählich in den Hafen Freudenau verlagern, wo relativ große wasserbauliche Arbeiten durchzuführen sind. Auch im Hafen Albern werden kleinere Arbeiten durchgeführt werden. Die Tankerreinigungsanlage ist baulich und maschinell, bis auf die Anlieferung und Montage eines Schwimmkörpers, fertig. Ein Probelauf der maschinellen Einrichtungen wird in den nächsten Wochen erfolgen. Die endgültige Fertigstellung soll in der ersten Jahreshälfte 1967 erfolgen.

Bekanntlich sind überall im In- und Ausland Bestrebungen und Untersuchungen im Gange, um die zahlreichen in einer Großstadt nun einmal notwendigen Einbauten einerseits rationeller ausführen zu können, andererseits aber vor allem die wiederholten Aufgrabungen zur Betrugung und Instandsetzung von Einbauten zu vermeiden. Eines der Mittel, die da und dort schon angewendet wurden, ist der sogenannte Kollektor, ein begehbare Stellen im Straßenkörper, in dem fast alle Einbauten zugänglich verlegt werden. Im Zusammenhang mit dem Bau des U-Bahntunnels in der Wiedner Hauptstraße wurde nun an der bergseitigen Tunnelwand ein solcher Kollektor erstmals in Wien errichtet, der zur Aufnahme der Drängewässer in diesem Bereich, der Abwässer, eines Versorgungsstranges der Wasserwerke und der Stromversorgungskabel dient. Den relativ hohen Kosten eines solchen Kollektors steht auf lange Sicht die Verringerung der Verkehrsstörungen und die Nichtbelästigung der Anrainer durch Aufgrabungen gegenüber.

Ein anderes Problem, das oft zu Kritik Anlaß gibt, sind die Baumfällungen im Zuge der Errichtung neuer Verkehrsflächen.

Ich darf Ihnen versichern, daß wir im Stadtbauamt um die Erhaltung jedes einzelnen Baumes kämpfen, daß wir vor Fällung eines Baumes alle technischen Möglichkeiten prüfen, um den Verlust an Bäumen so gering als möglich zu halten. Bei dieser Gelegenheit darf ich vor allem die positive Kritik und die wertvolle Mitarbeit des Österreichischen Naturschutzbundes bei diesen Fragen dankbar erwähnen. Obwohl ich mir bewußt bin, daß ein neu gepflanzter Baum kein Äquivalent für einen alten Baum ist, möchte ich doch darauf hinweisen, daß zum Beispiel im Jahre 1966 in den Gartenanlagen und Alleen unserer Stadt 11.303 Laub- und Nadelbäume und 153.718 Sträucher neu gesetzt wurden. Von dieser Tatsache konnten sich die Vorstandsmitglieder der Landesgruppe Wien des Österreichischen Naturschutzbundes auch in diesem Jahre wieder anlässlich einer Rundfahrt durch die Stadt überzeugen und ich freue mich, feststellen zu können, daß der Naturschutzbund dieser Tätigkeit der Wiener Stadtverwaltung seine Anerkennung nicht versagt.

Auch über die zunehmende Verwendung von Fertigteilen bei unseren Tiefbauten darf ich Sie informieren. Das bedeutendste Fertigteilbauwerk im Tiefbau sind die Hangbrückenkonstruktionen der Wientalbegleitstraße in Hütteldorf.

Neue Glatteis-/Warnanlage wird erprobt

Interessieren wird Sie auch, daß in den kommenden Wintermonaten eine neue Glatteiswarnanlage auf ihre praktische Brauchbarkeit erprobt werden wird. Fahrbahnen auf Brücken neigen bekanntlich zu Glatteisbildungen und die neue Glatteiswarnanlage soll ein auf einer Brücke auftretendes Glatteis sofort nach seinem Entstehen dem Kraftfahrer durch elektrisch beleuchtete Warnschilder anzeigen. Ein Modellversuch hat gute Erfolge gezeitigt. Wir werden eine solche Anlage auf der Nordbrücke nunmehr in der Praxis ausprobieren.

Unsere Bohrungen in Ober-Daa waren genau am 15. Dezember 1965 von Erfolg begleitet. Das seit diesem Zeitpunkt unter Druck ausfließende Thermalwasser wurde bisher provisorisch in den Liesingbach eingeleitet und schon am 25. Jänner konnten die balneologischen Untersuchungen mit einer ersten Kontrollanalyse beginnen.

Das erste Gutachten vom Februar war positiv und stellte fest, daß die Therme in Ober-Laa mit einem Gehalt von 60,5 Milligramm Schwefelwasserstoff pro Kilo Wasser die stärkste Schwefelquelle Österreichs ist. Auch die Quellschüttung von 34,6 Litern pro Sekunde und die in Österreich sonst nirgends vorhandene hohe Temperatur von 52,8 Grad sowie die hohe Gesamtmineralisation von 3,6 Gramm pro Kilogramm sind wertvolle Eigenschaften. Eine zweite Kontrollanalyse, die in den Monaten April und Mai durchgeführt wurde, zeigte erfreulicherweise keine Veränderungen. Auch eine dritte im August vorgenommene Kontrollanalyse bestätigte die bisherigen Ergebnisse, sodaß sich die Bundesanstalt für experimentell-pharmakologische und balneologische Untersuchungen entschloß, eine große Heilquellen-Analyse durchzuführen, deren Ergebnis voraussichtlich im März 1967 vorliegen wird.

Ich kann meinen Bericht über die Tätigkeit unserer Brücken- und Wasserbauabteilung nicht abschließen, ohne der wertvollen Hilfe zu gedenken, die gerade von dieser Abteilung in den beiden letzten Jahren den vom Hochwasser betroffenen Gebieten Kärntens und Osttirols gewährt wurde. In selbstlosem Einsatz haben Angehörige dieser Abteilung durch den Transport großer Brückenbaugeräte und durch den Einbau dieser Geräte, manchmal sogar unter Lebensgefahr, der schwer betroffenen Bevölkerung Hilfe gebracht und ich benütze die Gelegenheit gerne, um gerade für diese Tätigkeit besonders zu danken.

Wiens Grünflächen wachsen

Die Gärten und Grünanlagen Wiens sind ein besonderes Anliegen der Stadtverwaltung. Wie für alle übrigen Planungen ist auch für die Grünflächenplanung die Kenntnis der bestehenden Verhältnisse, der herrschenden Tendenzen und der zu erwartenden Entwicklungen unerlässlich. Um einen Überblick über die Benützung der öffentlichen Grünflächen zu erhalten, wurde eine Zählung und Befragung der Besucher unserer Grünanlagen begonnen.

Diese Erhebungen werden sich über einen längeren Zeitraum erstrecken müssen, da die Benützung der Erholungsflächen nach Jahreszeit, Wetter und Tageszeit sehr stark variiert und noch keine brauchbaren Vergleichsziffern vorliegen. Durch die Auswertung dieser Erhebung werden sowohl fundierte Aussagen über den tatsächlichen Grünflächenbedarf erstellt, als auch wertvolle Hinweise für die Gestaltung der Grünflächen selbst gewonnen werden.

Unser Stadtgartenamt, das für die Erhaltung und Neuerrichtung der Gärten und Grünflächen verantwortlich ist, wird 1967 bei Einnahmen von 12,239.000 Schilling 139,522.200 Schilling ausgeben. Davon werden für die Erhaltung von insgesamt 17,220.000 Quadratmeter öffentlichen Gärten und Grünanlagen 12,360.000 Schilling aufgewendet. Für den Neubau von Gärten und Grünanlagen werden 1967 20 Millionen Schilling gebraucht.

In Investitionsausweis findet sich eine Aufstellung der wichtigeren Gartenbauvorhaben. Ich möchte vor allen den weiteren Ausbau der Grünanlagen am linken und rechten Donaukanalufer, die Fortsetzung der Umgestaltung des Schweizer Gartens, die kleine, aber wichtige Gartenanlage in der Hofmühlgasse in Mariahilf, die Grünanlagen am Gürtel und am Nothnagelplatz, die Gartenanlage im Assanierungsgebiet Lichtental und die Fortsetzung der Umgestaltung des Landschaftsparkes Königberg hervorheben. Auch die Umgestaltung des Denglerparkes in Floridsdorf, eines herrlichen Naturgartens, und die weitere Staubfreinachung von Spielplätzen und Wegen in vielen Wiener Parkanlagen sei besonders erwähnt.

Erwähnenswert scheint mir noch, daß heuer in Wien 32.850 Rosen neu ausgepflanzt wurden.

Allein im Bereich der Montagebauten in Kagran sind in Zusammenhang mit den neuen Wohnhausanlagen in der letzten Zeit 300.000 Quadratmeter neue Grünflächen entstanden. Zur Verschönerung unserer Stadt wird im kommenden Jahr die Aktion 'Wien in Blumenschmuck' fortgesetzt. Die Aufwendungen dafür betragen 90.000 Schilling.

./.

Informationsdienst des Stadtbauamtes

Wie in den vergangenen Jahren haben wir auch heuer versucht, die Wiener Bevölkerung über unsere Bauten aber auch über unsere Pläne und Absichten zu informieren. Dabei haben wir wieder die verschiedensten Informationsmittel verwendet und unsere Tätigkeit nicht nur auf Wien beschränkt. Das zuständige Referat des Stadtbauamtes hat eine Anzahl von Ausstellungen hergestellt und betreut. Besonders möchte ich hier auf die Ausstellung 'Stadterneuerung' hinweisen, die wir bereits im vergangenen Winter in der Volkshalle gezeigt haben und die im Sommer des heurigen Jahres als Informationsschau in der Volkshalle neuerdings größtes Interesse fand. Unter dem Titel 'Wien, eine Stadt stellt sich vor' soll in den nächsten Jahren in verschiedenen Städten des Auslandes eine Visitenkarte Wiens abgegeben werden. Die Arbeiten für diese neue Ausstellung sind bereits im Gange. Unsere Ausstellung 'Wien - Stadt der Arbeit, Stadt der Kunst' zeigten wir heuer in Budapest, Braunschweig, Hamburg und Nürnberg. Insgesamt wurde diese Ausstellung 1966 von 72.000 Menschen besucht. Sie soll im Jahre 1967 in Rom und Triest gezeigt werden. Derzeit wird eine Ausstellung über unsere Planungsarbeiten am U-Bahn-Konzept vorbereitet.

Im Rahmen der Rundfahrten 'Neues Wien' und in Sonderführungen wurden ungefähr 55.000 Personen mit den Schöpfungen unserer Stadt vertraut gemacht.

Im Rahmen der Publikationstätigkeit des Stadtbauamtes befaßte sich die Fachzeitschrift 'Der Aufbau' mit einigen kommunalen Themen, wie Straßen- und Brückenbauten, Krankenhäusern, sowie Schulen und Bauten für die Volksbildung. Eine kleine Sonderpublikation über das U-Bahn-Konzept und zwei Kurzprospekte anlässlich der Fertigstellung des Grundwasserwerkes Lobau und der Tunnelstrecke Lastenstraße ergänzten die Publikationsarbeit.

Unter den Sonderaktionen, die zum Teil probeweise vor sich gingen, fällt die Besichtigung der Baustelle Lastenstraße, die ich bereits anlässlich meines vorjährigen Budgetberichtes ankündigen konnte.

Unter dem Motto: 'Das Betreten der Baustelle ist erwünscht' nahmen fast 5.000 Wiener die Gelegenheit wahr, das im Fertigwerden befindliche Bauwerk zu besichtigen.

Mit der Volkshochschule Döbling wurde eine kommunale Vortragsreihe über Wiener Bauprobleme durchgeführt. Die Forumsdiskussion in den beiden großen Döblinger Volksbildungsstätten stießen auf so großes Interesse, daß wir die Absicht haben, diese Art der direkten Demokratie in Zukunft zu intensivieren.

Über den Bau der Lastenstraße und den U-Bahntunnel konnten wir einen Dokumentationsstreifen herstellen, der einige Wochen unter lebhaftem Interesse der Bevölkerung in der neuen Passage Mariahilfer Straße gezeigt wurde.

Nicht unerwähnt sollen die Vorträge unserer Techniker im Ingenieur- und Architektenverein bleiben.

Neue Möglichkeiten durch 'Baulanderzeugung'

Nach dieser Übersicht über die vielfältige Tätigkeit des Bauamtes möchte ich auf jenes Problem zurückkommen, ohne dessen Lösung unsere Tätigkeit mit immer größeren Schwierigkeiten verbunden sein wird: das Baulandproblem. Nachdem die Verabschiedung des immer wieder geforderten Baulandbeschaffungsgesetzes durch die Entwicklungen der letzten Monate bedauerlicherweise immer unwahrscheinlicher wird, haben wir im Wiener Stadtbauamt Überlegungen über eine etwaige Lösung des Problems auf Landesebene angestellt. Ich bitte Sie, meine nunmehrigen Ausführungen als einen Vorschlag zu betrachten, der in der nächsten Zeit gründlich durchdacht, überlegt und diskutiert werden soll.

Es hätte wenig Sinn, sich für ein 'Stadtmodell' als Leitbild der räumlichen Entwicklung Wiens zu entscheiden, im Rahmen dieses Stadtmodells ein U-Bahnnetz zu planen und beispielsweise genau festzulegen, in welchem Jahr ein bestimmtes Randgebiet der Stadt von einer U-Bahnlinie erreicht wird, wenn wir nicht gleichzeitig sicherstellen können, daß die von uns geplante und eingeleitete Entwicklung auch tatsächlich stattfindet.

Wir müssen dafür sorgen, daß Bauwillige für den Wohnbau und für den Bau neuer Betriebe an der richtigen Stelle und zur richtigen Zeit aufgeschlossenes Bauland zu angemessenen Preisen erwerben können.

Die heute in Wien vorhandenen Reserven an baureifen Grundstücken reichen bestenfalls für die Bautätigkeit weniger Jahre aus. Es gibt daher nur einen einzigen Weg, die Baulandnot zu bekämpfen und das ist die 'Erzeugung' von neuem Bauland. Der Ausdruck mag Sie vielleicht verblüffen. Man spricht ja im allgemeinen mit Recht davon, daß Grund und Boden nicht vernehrbar seien. Aber Grund und Boden muß erst durch eine Reihe bestimmter Maßnahmen in Bauland umgewandelt werden und wir haben uns nun genau überlegt, wie diese 'Vorfabrikation' von Bauland auf landesgesetzlicher Grundlage vor sich gehen könnte.

In einem noch nicht aufgeschlossenen Baugebiet wären zunächst die Verkehrsflächen zu erwerben. Das ist ein gut eingespieltes Verfahren, das umso weniger Schwierigkeiten bereiten dürfte, als ja Verkehrsflächen im Baufall ohnehin unentgeltlich abgetreten werden müssen. Sobald die Verkehrsflächen im Besitz der Gemeinde sind, werden Wasserleitungen und Abwasserkanäle verlegt und die Straßen provisorisch befestigt, provisorisch deshalb, weil sie ja wegen der Hausanschlüsse durch einige Jahre immer wieder aufgerissen werden müssen. Es ist eine technische Teilfrage, ob es sinnvoll ist, in diesem Zeitpunkt auch gleich Strom- und Gasleitungen mitzuverlegen. Auf jeden Fall ist für das gesamte aufgeschlossene Gebiet die sogenannte 'Anbaureife' für alle Grundstücke gegeben, das heißt, es ist dann technisch und rechtlich möglich, die Grundstücke baulich zu nutzen.

Das Wesentliche und Entscheidende an unserem Vorschlag zur Baulanderzeugung ist, daß die Kosten der Aufschließung in voller Höhe von den Grundeigentümern zu tragen sind, und zwar nicht erst dann, wenn tatsächlich gebaut wird, sondern drei Jahre nach Fertigstellung der Aufschließung. Dabei liegt der Unterschied gegenüber den heutigen Anliegerbeiträgen nicht so sehr in der Kostendeckung.

Wenn man das allein wollte, würde es genügen, die Anliegerbeiträge hinaufzusetzen. Das Wesentliche ist vielmehr, daß die neuen Aufschließungsbeiträge auf jeden Fall eingehoben werden, auch dann, wenn der Grundeigentümer nicht baut. Da die tatsächlichen Aufschließungskosten zwischen 100 und 200 Schilling pro Quadratmeter liegen dürften, ist mit Sicherheit zu erwarten, daß der Großteil der Grundbesitzer veranlaßt sein wird, entweder selbst zu bauen oder sein Grundstück an einen Bauwilligen zu verkaufen. Eine spekulative Hortung von Grundstücken ist umso weniger zu erwarten, als es ja das erklärte Ziel der Stadtgemeinde sein soll, jährlich eine große Fläche, sagen wir einen Quadratkilometer, neuen Baulandes zu erzeugen, und zwar solange, bis die Nachfrage restlos gesättigt ist. Dabei wird die Aufschließung des vierten Quadratkilometers durch die Aufschließungsabgabe finanziert, die für den ersten Quadratkilometer eingehoben wird, die des fünften durch die Abgaben aus dem zweiten Quadratkilometer usw.

Es handelt sich also nicht um eine neue Steuer, die der Stadt Wien für irgendwelche Zwecke Geld bringen soll, sondern schlicht und einfach darum, daß die nutznießenden Grundeigentümer nach einer angemessenen Frist zur Bezahlung jener Leistungen verhalten werden, die die Stadt Wien tatsächlich erbracht hat.

Ich bin mir bewußt, meine Damen und Herren, daß ich mit dieser äußerst vereinfachten Darstellung unseres Vorschlages manche Frage offen gelassen habe. Ich habe das deshalb getan, weil ich der Meinung bin, daß dieses Problem sobald wie möglich grundsätzlich behandelt werden muß, damit der Magistrat mit den sehr umfangreichen Arbeiten an den Durchführungs- und Übergangsbestimmungen beauftragt werden kann. Ich darf Ihnen

./.

heute schon versichern, daß wir uns jedenfalls diesen Vorschlag sehr gründlich, sehr genau und von allen Seiten her überlegt haben, bevor wir ihn heute öffentlich zur Debatte stellen. Wir sind überzeugt, daß durch unseren Vorschlag das brennende Problem der Baulandnot in einer einwandfreien und vor allem in einer produktiven Weise gelöst werden kann.

Vor uns stehen neue gewaltige Aufgaben. Das Jahr 1967 wird an uns alle wieder große Anforderungen stellen. Wir werden für die Gegenwart und für die Zukunft bauen, wir werden aber vor allem weiter für die Zukunft unserer schönen Stadt und unserer herrlichen Heimat planen müssen."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Trafiken als Vorverkaufsstellen der Verkehrsbetriebe
=====

Ab 27. Dezember sind die neuen Fahrscheine und Wertmarken zu haben

15. Dezember (RK) Alle jene rund 1.100 Wiener Trafiken, die für die Wiener Verkehrsbetriebe mit Einführung des neuen Tarifes die Vorverkaufsorganisation erweitern, werden schon in der nächsten Woche durch eine Tafel ihre Kunden auf diesen neuen Verkaufsdienst aufmerksam machen. Diese ist einfach und besagt, daß der "Fahrscheinverkauf der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe" hier stattfindet.

Wer in Zukunft den zwanzigprozentigen Rabatt, der auf eine Reihe von Tarifen der Tramway gewährt wird, ausnützen will, dem stehen also ab 27. Dezember nicht nur die betriebseigenen Vorverkaufsstellen der Verkehrsbetriebe zur Verfügung, sondern auch rund 70 Prozent aller Wiener Trafiken. Die Grundkarte - so heißt das "Stammbblatt" der neuen Wochenstreckenkarte - wird mit einer Plastikhülle beim Kauf einer Wertmarke für fünf oder sechs Tage gratis abgegeben. Die für eine Verlängerung notwendigen Wertmarken der gleichen Kategorie erhält man ebenfalls immer termingerecht an Vorverkaufsstellen und in den gekennzeichneten Trafiken. Lediglich jene Streckenkartenbenützer, die aus ihrer Wochenstreckenkarte gelegentlich eine Monatsstreckenkarte machen wollen, müssen nach wie vor wegen dieser Wertmarke zu den betriebseigenen Vorverkaufsstellen. Bitte beachten Sie das Datum beziehungsweise die Angabe über die Betriebswoche, ehe eine Wertmarke aufgeklebt wird! Beide Angaben sind auf der Wertmarke ersichtlich.

In den Trafiken werden also erhältlich sein: Tagesfahrtscheine zu 4 Schilling (beim Schaffner 5 Schilling), Kinderfahrtscheine zu 30 Groschen (beim Schaffner 1 Schilling), Kurzstreckensammelkarte zu 8 Schilling (beim Schaffner 10 Schilling), 5-Tage Wertmarke zu 25 Schilling und 6-Tage Wertmarke zu 30 Schilling.

Tages- und Kinderfahrtscheine werden wie bisher im Vorverkauf zu mindestens 5 Stück beziehungsweise jeder Anzahl, die durch 5 teilbar ist abgegeben. Alle übrigen Vorverkaufskarten beziehungsweise Marken selbstverständlich auch einzeln.

Zusammen mit dieser Änderung für den Vorverkauf in Trafiken wird darauf hingewiesen, daß Wertmarken für Hochschülermonatsnetz-karten zu 170 Schilling, Schülerstrecken-karten für Pflichtschüler zu 35 Schilling, für Berufsschüler zu 12 Schilling und für Hochschüler zu 70 Schilling nur an den betriebseigenen Vorverkaufsstellen der Verkehrsbetriebe erhältlich sind. Die Grundkarten hierfür sind nach wie vor zu gleichen Konditionen wie bisher in der Fahrkartenstelle Rahlgasse direkt zu beziehen.

Bei den Kassen der Stadtbahn und der Schnellbahn werden nur Tages- und Kinderfahrtscheine zum Schaffnerpreis abgegeben!

Für Hunde und Gepäckstücke gelten die gleichen Tarife wie für Erwachsene, entsprechend der gefahrenen Strecke. Es können daher Hunde und Gepäckstücke auch auf Abschnitten der Kurzstreckensammelkarte beziehungsweise auf eigenen Netzkarten befördert werden. Nicht jedoch werden die ermäßigten Tarife wie bei der Wochenstrecken-karte für diese beiden Kategorien angewendet.

Im Zusammenhang mit den ab 27. Dezember in den Trafiken und Vorverkaufsstellen aufliegenden Grundkarten beziehungsweise Wertmarken und Vorverkaufsfahrscheinen machen die Wiener Verkehrsbetriebe nochmals auf ein zum selben Zeitpunkt erscheinendes Flugblatt aufmerksam, das Näheres über die neuen Tarife und ihre Anwendungsmöglichkeiten enthält und bei allen genannten Stellen aber auch durch die Schaffner verteilt wird.

- - -

Bgm. Marek überreichte Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien
 =====

15. Dezember (RK) Im Rahmen einer Feierstunde im Stadtsenats-
 saal des Wiener Rathauses überreichte Bürgermeister Bruno Marek
 heute vormittag den Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien
 1966. Den Jugendbuchpreis erhielt Kurt Benesch ("Die Frau mit
 den hundert Schicksalen", Österreichischer Bundesverlag), den
 Kinderbuchpreis Friedl Hofbauer ("Die Wippschaukel", Verlag für
 Jugend und Volk), den Illustrationspreis Wilfried Zeller-Zellen-
berg (Illustrationen für "66 + 1 im Bäckerhaus" von Käthe Recheis,
 Verlag Herder). Weiteren 15 Autoren wurden für ihre Werke Aner-
 kennungsdiplome überreicht.

An der musikalisch umrahmten Feierstunde - das Schneiderhan-
 Duo (Walter Schneiderhan, Violine; Hans Bohnenstingl, Klavier)
 spielte Musik von Georg Friedrich Handel und Johannes Brahms -
 nahmen neben Bürgermeister Bruno Marek Landtagspräsident Dr. Wil-
 helm Stemmer, die Stadträte Maria Jacobi, Hubert Pfoch, Gertrude
Sandner und Dr. Maria Schaumayer, Stadtschulratspräsident Dr. Max
Neugebauer, Magistratsdirektor Dr. Rudolf Ertl sowie Mitglieder
 des Gemeinderates teil. Ferner waren zahlreiche Persönlichkeiten
 des österreichischen Literatur- und Verlagswesens erschienen.

Kulturstadtrat Gertrude Sandner hieß die Festgäste herzlich
 willkommen. In ihrer Rede gab sie einen Überblick über den dies-
 jährigen Wettbewerb und stellte die Preisträger vor. Sie sagte:

Das gute Jugendbuch ist international

"Es ist nicht übertrieben, zu behaupten: die österreichische
 Jugend hatte noch nie so viele wertvolle und bestausgestattete
 Jugendbücher zur Verfügung, wie dies zur Zeit der Fall ist. Die
 Zusammenarbeit aller an dem Erscheinen guter Bücher für unsere
 jungen Menschen interessierten Personen und Institutionen ist
 wahrhaft international und weltumfassend geworden. Dieser Tat-
 sache verdankt das Jugendbuch heute in der Welt seinen groß-
 artigen Aufstieg. Wenn in irgendeinem Land ein besonders schönes
 Buch erscheint, dann dauert es meist nicht lange, bis es seinen
 Weg zu den Kindern überall in der Welt angetreten hat und durch
 zahlreiche Übersetzungen in weltweitem Maß bekannt wird.

Man braucht nur den Jugendbuch-Katalog unserer Städtischen Büchereien in die Hand zu nehmen um zu sehen, in welcher internationaler und literarisch besten Gesellschaft sich unsere Kinder beim Lesen ihrer Bücher befinden. Die 'Mary Poppins-Bücher' der Amerikanerin Travers sind unseren Kindern ebenso vertraut wie es auch kaum ein Kind geben dürfte, das nicht die Bücher der Schwedin Astrid Lindgren und die wunderschönen Bücher unserer vielfach preisgekrönten Autoren gelesen hat - von österreichischen Autoren, deren Werke in vielen Fällen wiederum den Weg zu den Kindern anderer Nationen gefunden haben.

Aber dieser internationale Austausch schönsten Jugendbuchgutes wäre kaum möglich gewesen, wenn nicht durch Interessengemeinschaften, Institutionen und fördernde Maßnahmen vielfältiger Art die Autoren ermutigt gewesen wären, schöne Jugendbücher zu schreiben und die Verleger nicht auch den Mut zum Wagnis, zum literarisch-künstlerischen Experiment, zum Betreten literarischen Neulands auch auf dem Gebiet des Kinderbuches besessen hätten. Das positive Ergebnis dieser vielen Bemühungen zeigt sich nicht nur in den vollen Auslagen unserer Buchläden. Es findet seinen Ausdruck ebenso in Empfehlungslisten und Katalogen von Jugendbüchern, die bei uns in Österreich den Erwachsenen und Kindern, man darf wohl sagen, die Wahl schwer machen.

Mit der Stiftung des 'Jugendbuch-Preises der Stadt Wien' im Jahr 1954 hat unsere Stadt nicht nur einen Akt offizieller Anerkennung schriftstellerischer und verlegerischer Bemühungen gesetzt, sondern damit auch bekundet, welche Bedeutung sie dem Buch für unsere Jugend beimißt. Das Interesse der Schriftsteller und Verleger an diesem Wettbewerb zeigt wohl auch deutlich, daß sich gute Bücher verkaufen lassen, wenn nur von allen Seiten auf dieses Gute und Schöne im Jugendbuch ständig hingewiesen und für diese Bücher geworben wird.

Hohe literarische Qualität

Mit der Feststellung, daß die literarische Qualität und der künstlerische Wert der heimischen Kinder- und Jugendbücher sehr gut geworden ist, drücke ich auch die Meinung der Jury aus, die diese Arbeit im Dienste des guten Jugendbuches in diesem Jahr zu vollbringen hatte. Diese beträchtliche Qualitätssteigerung des Jugendschrifttums in Österreich fand im Wettbewerb um den 'Kinder- und Jugendbuch-Preis der Stadt Wien' in diesem Jahr seinen besonderen Ausdruck und wurde noch durch die überaus hohe Zahl der zum Wettbewerb eingereichten Werke ergänzt. Die hohe Zahl der vergebenen Anerkennungsdiplome ist damit auch bestes Zeugnis für die verantwortungsbewußte Arbeit österreichischer Schriftsteller und Verleger.

In den Statuten über die Preisverleihung ist für die preisgekrönten Autoren, neben der Vergabung der Diplome, ein Geldpreis von je 10.000 Schilling vorgesehen. Um den pädagogischen und ästhetischen Wert einer künstlerischen Illustration im Jugendschrifttum hervorzuheben, sehen die Statuten vor, daß an den Illustrator eines von der Jury als werthafte Kinder- und Jugendbuch anerkannten Werks ein Geldpreis von 5.000 Schilling und ein Diplom zuerkannt werden können. Für den Ankauf der preisgekrönten Kinder- und Jugendbücher wird eine Summe von 35.000 Schilling aufgewandt.

45 Autoren, 52 Werke, 8 Verlage

Zur gediegenen und objektiven Beurteilung der eingereichten Bücher habe ich eine Jury von zehn Fachleuten bestellt, die am 10. November über die Vergabung der Preise beriet und entsprechende Vorschläge machte.

Am diesjährigen Wettbewerb um den Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien haben 45 Autoren mit 52 Werken aus acht Wiener Verlagen teilgenommen. Folgende Verlage waren vertreten: Verlag Julius Breitschopf jun., Verlag Herder, Herold-Verlag, Verlag für Jugend und Volk, Verlag Jungbrunnen, Österreichischer Bundesverlag, Verlag Styria, Verlag Carl Ueberreuter.

Die Preisträger

Der Kinderbuchpreis der Stadt Wien wurde Friedl Hofbauer für ihr im Verlag für Jugend und Volk erschienenenes Werk 'Die Wippschaukel' zuerkannt. Es freut mich besonders, hinzufügen zu können, daß diesem Werk im Wettbewerb um den 'Österreichischen Staatspreis 1966 für Kinder- und Jugendliteratur' der Preis für 'Kleinkinderbücher' zuteil wurde.

Der Jugendbuchpreis der Stadt Wien wurde an Kurt Benesch für sein im Österreichischen Bundesverlag erschienenenes Buch 'Die Frau mit den hundert Schicksalen' vergeben.

Ferner hat die Jury vorgeschlagen, in diesem Jahr den Illustrationspreis Wilfried Zeller-Zellenberg für die ausgezeichneten Bilder zu dem im Verlag Herder erschienenen Buch von Käthe Recheis '66 + 1 im Bäckerhaus' zuzuerkennen.

Anerkennungsdiplome

Mit Rücksicht auf die große Zahl empfehlenswerter Kinder- und Jugendschriften hat die Jury an folgende Werke Anerkennungsdiplome vergeben: Winfried Bruckner, 'Der steinerne Elefant' (Verlag für Jugend und Volk); Friedrich Feld, 'Der Reiter auf der Wolke' (Verlag Jungbrunnen); Vera Ferrá-Mikura, 'Tante Rübchen zieht um' (Verlag Jungbrunnen); Gerhard Fritsch 'Feldherr wider Willen' (Österreichischer Bundesverlag); Fritz Habeck, 'König Artus und seine Tafelrunde' (Verlag für Jugend und Volk); Rusia Lampel, 'Eleanor' (Verlag für Jugend und Volk); Othmar Franz Lang 'Die Stunde des Verteidigers' (Österreichischer Bundesverlag); Mira Lobe 'Pepi und Pipa' (Verlag Jungbrunnen); Käthe Recheis '66 + 1 im Bäckerhaus' (Verlag Herder); Georg Schreiber 'Fahrt zur Hohen Pforte' (Verlag Styria); Herbert Tichy 'Der weiße Sahib' (Österreichischer Bundesverlag); Maria Wendl, 'Sprich zu mir, Barbara!' (Österreichischer Bundesverlag)

Den am 13. Wettbewerb vertretenen Verlagen möchte ich meinen herzlichen Dank für ihr Interesse aussprechen, das sie mit der Teilnahme an diesem Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien bekunden. Das Amt für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung wird auch weiterhin ihre Bemühungen mit regem Interesse verfolgen und den Verlagen sowie ihren Autoren die verdiente Förderung und Anerkennung nicht versagen. Den Damen und Herren der Jury möchte ich für ihr schwieriges und manchmal vielleicht auch mißverstandenes Amt meinen herzlichen Dank aussprechen und den Preisträgern zu ihrem schönen Erfolg gratulieren."

Die wirksamste Waffe gegen Schmutz und Schund

Anschließend hielt Bürgermeister Bruno Marek die Festrede, in der er ausführte:

"Als die Wiener Landesregierung im Jahre 1954 den Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien stiftete, war gerade ein halbes Jahrhundert vergangen, seit der deutsche Lehrer Heinrich Wolgast sein weitwirkendes Buch 'Das Elend unserer Jugendliteratur' veröffentlicht hatte. Wolgast hat damals aufgezeigt, daß die Kritik und die öffentliche Meinung sich wohl mit der 'Großen Literatur' beschäftigte, daß man aber dem lesehungrigen Kind und dem erlebnishungrigen Jugendlichen zumutete, entweder an den albernen und moraltriefenden Geschichten in Lesebuchmanier, an kitschigen Mädchenbüchern oder an blutdürstigen Abenteuer- geschichten Gefallen zu finden. Wolgast hat mit seinem Buch und seiner Forderung: 'Die Jugendschrift in dichterischer Form muß ein Kunstwerk sein!' eine Bewegung ins Leben gerufen, die heute genauso lebendig und wichtig ist wie damals. Das nach dieser Forderung gestaltete gute und künstlerische Jugendbuch ist die wirksamste Waffe gegen Schmutz und Schund.

Wir wissen heute aber auch, daß die Jugendliteratur ein Teil der großen Literatur ist, und mit den gleichen Maßstäben wie diese gemessen werden muß. Außerdem muß sie sich der Gefühls- und Erlebniswelt von Kindern und Jugendlichen erzieherisch anpassen.

Freilich, das gute Jugendbuch hat es immer schon gegeben. Ja, man kann sagen, daß die großen Werke der Weltliteratur viel-

fach: auch die großen Werke der Jugendliteratur sind. Denken wir an die Bücher unserer Jugend, an die nacherzählte Antike, an die mittelalterlichen Rittermärchen, an Robinson Crusoe, an unsere großen österreichischen Dichter und an Charles Dickens und Theodor Storm, der das kluge Wort gesprochen hat 'wenn Du für die Jugend schreiben willst, dann darfst Du nicht für die Jugend schreiben.'

Der gute Jugendschriftsteller

Aber der Fundus dieser großen Literatur war zu gering, um das Lesebedürfnis von Kindern und Jugendlichen zu befriedigen. Es mußte also bewußt eine Jugendliteratur geschaffen werden, die zur Erziehung der Gesamtpersönlichkeit ihren Teil beizutragen hatte, wenn nicht die am laufenden Band aus Profitstreben erzeugte minderwertige Lektüre alle erzieherischen Bemühungen zunichtemachen sollte.

Auf diesem Wege waren viele Hindernisse zu überwinden. Mancher Schriftsteller glaubte, sich etwas zu vergeben, wenn er ein Jugendbuch schreiben sollte, mancher glaubte wieder für immer als 'Jugendschriftsteller' abgestempelt zu sein, wenn er sich mit Jugendliteratur beschäftige. Nur ganz langsam hat sich dann die Erkenntnis durchgesetzt, daß nur der wirklich gute Schriftsteller ein wertvolles Jugendbuch schreiben kann und daß der gute Jugendschriftsteller der großen Literatur zuzuzählen ist.

Unsere eigene österreichische Literatur rechtfertigt diese Behauptung: Unsere früheren Jugendbuchpreisträger Fritz Habeck und Marlen Haushofer in der Prosa, Christine Busta in der Lyrik und andere haben gezeigt, daß sich Problemdichtung und Jugendbuch sehr wohl vereinbaren lassen. Unser heutiger Preisträger Kurt Benesch, der bereits zwei Problemromane geschrieben hat, ist ein weiteres Beispiel dafür.

Vielfältige Förderung

Die Stadt Wien bemüht sich seit langem um die Förderung des guten Kinder- und Jugendbuches. Die alljährliche Verleihung des Jugendbuchpreises ist nur eine der diesbezüglichen Maßnahmen. Das gute Jugendbuch will auch produziert und verkauft werden.

Unser Verlag für Jugend und Volk fördert das gute Jugendbuch seit Jahrzehnten, und es ist kein Zufall und bestimmt auch keine Protektion, daß fast jedes Jahr ein Buch dieses Verlages einen Preis oder eine ehrende Anerkennung erhält. Außerdem kauft die Stadt Wien die preisgekrönten Bücher in größerem Maße an, und der Stadtschulrat sorgt für ihre weitere Verbreitung durch die Schülerbüchereien. Auch die Kinderbuch-Abteilungen der Städtischen Büchereien leisten diesbezüglich Wertvolles. Sie bieten in 50 Filialen gegenwärtig rund 78.000 Kinderbücher an. Dazu kommen die drei Lehrlingsbüchereien, die für Jugendliche eingerichtet sind. Schließlich muß auch der 'Buchklub der Jugend', der gleichfalls von der Stadt subventioniert wird, rühmend erwähnt werden. Ihm ist es zu danken, wenn sich heute jede Familie eine eigene Hausbücherei für die Kinder und die Jugendlichen leisten kann.

Nur wenn das Kind und der Jugendliche in Fülle gute Literatur zur Verfügung haben, können wir den Kampf gegen Schund und Schmutz gewinnen.

Unsere heutigen drei Preisträger sind von Frau Stadtrat Sandner bereits gewürdigt worden. Lassen Sie mich bei meinem Glückwunsch an sie noch betonen, daß alle drei den Freunden des guten Buches nicht unbekannt sind. Kurt Benesch ist bereits Förderungspreisträger, ebenso wie Friedl Hofbauer. Frau Hofbauer bekommt zu gleicher Zeit mit unserem Preis auch den Preis des Bundesministeriums für Unterricht. Daß das gleiche Buch von beiden unabhängig voneinander arbeitenden Juries ausgewählt wurde, ist ein besonders eindrucksvoller Beweis seiner Qualitäten. Es zeigt, daß die lustigen Kinderreime des Buches überall jene Begeisterung finden, wie wahrscheinlich beim Xandi und bei der Anni ihren beiden Kindern - ich lasse sie recht schön grüßen -, die sicher die ersten Zuhörer waren.

Unser Illustrator Zeller-Zellenberg ist gleichfalls kein Unbekannter. Auch er erhielt schon einmal den Illustrationspreis für Kinderbücher und seine in der Tradition der Wiener Zeichenkunst lebende trollige Charakterisierung trägt seine höchst persönliche Note.

Ich beglückwünsche noch einmal alle Preisträger und hoffe, daß sie auch in Zukunft im Dienst der Jugend so erfolgreich wie bisher wirken."

Nach der Überreichung der Preise und Urkunden durch den Bürgermeister las Schauspieler Harry Fuss aus den preisgekrönten Werken.

"Beamtengipfel" im Wiener Rathaus
=====

15. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Magistratsdirektor Dr. Rudolf Ertl tagte gestern zum erstenmal im Wiener Rathaus eine "Beamtens-Gipfelkonferenz". Die Spitzenbeamten des Magistrats und der Städtischen Unternehmungen, so Generaldirektor Dr. Karl Reisinger und Baudirektor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller sowie Kontrollamtsdirektor Dr. Ernst Lachs, nahmen an diesen Beratungen teil.

Aufgabe dieses "Beamtengipfels" ist es, die großen Entscheidungen in Wien für die politischen Gremien vorzubereiten und zu koordinieren. Die bisher schon geleisteten Vorarbeiten für Wirtschaftskonzepte und Entwicklungsplanungen wird diese Beamtenskommission zusammenfassen und wenn notwendig ergänzen.

Der "Beamtengipfel" soll eine ständige Einrichtung werden. Die Spitzenbeamten werden fallweise zusammenkommen. Die nächste Sitzung ist für Mitte Jänner 1967 vorgesehen.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Die Baudebatte

=====

15. Dezember (RK) In der Debatte über das Kapitel Bauangelegenheiten spricht als erster Redner Gemeinderat Pelzelmayer (ÖVP), der sich mit den Fernheizwerken beschäftigt. Grundsätzlich sei die ÖVP für den Bau von Fernwärmewerken, im besonderen aber macht der Redner einige kritische Bemerkungen zu dem beabsichtigten Fernwärmewerk Spittelau. Er bemängelt die Koordinierung und erinnert an die Bedenken seiner Partei wegen Luftverunreinigung. Bis jetzt wurde auch kein genehmigungsreifes Detailprojekt vorgelegt.

Der Redner regt auch an, in der Frage der Fernwärmewerke Kontakt mit den Bundesstellen aufzunehmen.

Bei bestehenden Anlagen ist es zu Schwierigkeiten gekommen. So im Versorgungsbereich des Heizwerkes Kagran. Dort sind Heizkörper explodiert, andererseits wurden die Heizkörper nur lauwarm, so daß die Wohnungen kalt blieben. Auch wurde bemängelt, daß Reparaturen oft während der Heizperiode vorgenommen wurden.

Gemeinderat Bedner (SPÖ) spricht über die Wiener Hafenanlagen und ihre wachsende Bedeutung. Der Hafen Wien ist wieder aktiv geworden und erfüllt seine Funktion bereits, obwohl er natürlich noch im Anfang seiner Tätigkeit steht. Wien unternimmt alles, um eine verstärkte Umschlagfähigkeit im Freudenufer Hafen herbeizuführen. Wir haben mit der Gründung der Hafenbetriebsgesellschaft die Verantwortung übernommen, die Schaffung eines leistungsfähigen Binnenhafens und die Ansiedlung von am Wasserumschlag interessierter Industrie zu ermöglichen. Wir können heuer bereits mit einem Umschlag von rund zwei Millionen Tonnen im Hafen Wien rechnen, das ist eine exorbitante Steigerung gegenüber den vergangenen Jahren.

Der Redner verweist auf das Projekt des Rhein-Main-Danaukanals und auf die große Bedeutung, die der Wiener Hafen dadurch in der Zukunft haben wird. Dieser sogenannte Europakanal wird eine Länge von 3400 Kilometer haben und die Nordsee mit dem Schwarzen Meer verbinden. An der Länge dieses Wasserweges kann man erkennen, welche Bedeutung ihm zukommen wird. Unsere Stadt wird dadurch mit zwölf bedeutenden europäischen Staaten eine direkte Wasserverbindung haben.

Groß sind die Anstrengungen, die Deutschland und die anderen an diesem Wasserweg interessierten Staaten unternehmen. Die Stadt Wien hat zeitgerecht alles getan, um das Projekt vorzubereiten, damit wir, wenn dieser Rhein-Main-Donaukanal fertiggestellt ist, bereits alle Voraussetzungen für den Hafen Wien geschaffen haben. Vom Schwarzen Meer werden 3.000-Tonnen-Hochseeschiffe nach Wien kommen können und von der Nordsee her 1.500-Tonnen-Schiffe. Ost und West werden sich hier in Zukunft treffen. Daß der Wasserweg ein sehr billiger Transportweg ist, ist bekannt. Er ist zwar langsamer als andere Transportmöglichkeiten, hat jedoch volumenmäßig gesehen viel größere Möglichkeiten. So wurde zum Beispiel errechnet, daß für einen bestimmten Betrag auf dem Schiffsweg 470 Tonnen Kohle befördert werden können, auf der Eisenbahn 170 Tonnen und per Lastkraftwagen sogar nur 64 Tonnen. Beim Autotransport per Schiff würden pro Personenwagen 1.400 Schilling an Transportkosten erspart werden. Wesentlich wird es sein, dafür vorzusorgen, daß die Schiffe als Transportmittel in beiden Richtungen - also stromauf- und stromabwärts - gut ausgenützt werden können.

Wien ist am Ausbau des Hafens natürlich wesentlich interessiert. Für 1967 werden rund 11 Millionen Schilling im Budget zum Ausbau der Kaianlagen und zur Fertigstellung der Tankerreinigungsanlage usw. veranschlagt. Wir werden für die Versorgungsanlagen bedeutende Mittel aufbringen müssen. Das ist schon daraus zu ersehen, daß allein ein Stromkabel, das in nächster Zeit verlegt werden wird, sechs Millionen Schilling kostet. Die Abwasserbereitungsanlage in der Lobau ist in Fertigstellung.

Die Zollfreizone Wien hat in den eineinhalb Jahren ihres Bestehens einen gigantischen Aufschwung genommen. Das achtstöckige Lagerhaus ist im Rohbau fertig, im ersten Stockwerk sind bereits Waren eingelagert. Vom 20. April 1965 bis 7. November 1966 wurden in die Zollfreizone nicht weniger als 65 Millionen Schilling investiert. Diese Investitionen haben der Wirtschaft unserer Stadt und unseres Landes sehr bedeutende Möglichkeiten eröffnet. Wien hat durch seine Geschäftsanbahnungen bereits den europäischen Markt an Orientteppichen übernommen. Teppiche um rund 142 Millionen werden in der Zollfreizone Wien gelagert.

Eine Wagenwaschanlage wurde errichtet. Täglich lagern in der Zollfreizone rund 7.000 Personenkraftwagen. Weitere Flächen hierfür mußten freigemacht werden. Je mehr Güter aber in dem Hafen lagern werden, umso dringender ist die Forderung nach einem ausreichenden Hochwasserschutz. Der Redner appelliert an alle zuständigen Stellen, diesem Hochwasserschutz endlich die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken und die notwendigen Taten folgen zu lassen.

Zum weiteren raschen Ausbau des Hafens Wien wurde eine Straßenverlegung im Hafen vorgenommen und dadurch die Möglichkeit zur Ansiedlung für am Wasseranschlag interessierte Industrie geschaffen.

Der Hafen Wien hat eine wichtige Zukunftsaufgabe zu erfüllen. Er wird einen Beitrag für die Vollbeschäftigung und das Wirtschaftswachstum leisten und auch völkerverbindend wirken. Dem Direktor und den Mitarbeitern der Hafenbetriebsgesellschaft gebührt Dank für die großartige Aufbauleistung, die sie von 1962 bis heute vollbracht haben.

Im zweiten Bezirk ist das Problem des Augartens noch immer ungelöst. Wien gibt sehr viel Geld für Grünanlagen aus, aber im Zentrum der Stadt liegt ein Park, der in völlig desolatem Zustand ist, teilweise bereits verbaut wird und von unschönem Gemäuer umgeben ist. Die Bevölkerung weiß aber zum größten Teil nicht, daß für den Augarten der Bund zuständig ist. GR. Bednar richtete abschließend an die zuständigen Bundesdienststellen den Appell, ihrer Verpflichtung zur Pflege des Augartens nachzukommen.

GR. Lauscher (KLS) kam auf den Bauskandal zu sprechen und meinte, daß Wien mit seinem großen Bauvolumen ein Interesse an einer Neuordnung des Bauwesens habe. Eine Studie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen zur Koordinierung des Bauwesens sei seit 1964 leider unbeachtet in einer Schublade gelegen. Die jetzt geplanten Reorganisationsmaßnahmen kämen reichlich spät.

Obwohl der Handelsminister ein Wohnbauvolumen des Bundes von jährlich 50.000 Wohnungen versprochen habe, sei die Zahl der vom Bund errichteten Wohnungen heuer auf 37.000 zurückgegangen. Österreich rangiere in einer Wohnbaustatistik der UNO bereits im letzten Viertel.

Auch die einseitige Begünstigung des ÖVP-Vereines der Freunde des Wohnungseigentums durch den Wohnbaufonds müsse aufhören. Der neue Verteilungsschlüssel für die Wohnbaumittel werde Wien nicht gerecht. Es erhebe sich die Frage, welche finanziellen Einbußen Wien dadurch erleide.

In der ÖVP gäbe es große Meinungsverschiedenheiten über die Wohnungspolitik. Teilweise strebe man einen schrittweisen Mieterschutzabbau an. Eine freie Mietzinsbildung für freiwerdende Wohnungen wäre der Anfang vom Ende des Mieterschutzes. Westdeutschland sei dafür ein warnendes Beispiel.

Zu den von Stadtrat Heller erbrachten Vorschlägen zur Baulandbeschaffung stehe die KLS-Fraktion grundsätzlich positiv.

Wegen der für viele Wohnungswerber immer unerschwinglicher werdenden Eigenmittel für Genossenschaftswohnungen müßten die Mittel für die Wohnbauförderung sukzessive aufgestockt werden.

Im städtischen Wohnungsbau spielt der Montagebau bereits eine wichtige Rolle. Die Montagebaufabriken der Stadt Wien beschäftigen jedoch nur einen einzigen Architekten. Dies bringt die Gefahr einer Uniformität der Montagebauten mit sich. Es müßten auch andere Architekten zur Mitarbeit eingeladen werden. Bisher wurde noch nie ein Architektenwettbewerb für Montagebauwohnungen ausgeschrieben. 4.000 Montagebauwohnungen sind bis jetzt entstanden, die nur ein einziger Architekt bearbeitet hat.

Erst in allerletzter Zeit wurde ein Wettbewerb für Wohnungen ausgeschrieben, der jedoch nur ein ganz kleines Gebiet in Jedlesee betrifft. Bei den kommenden Wettbewerben besteht die Gefahr, daß neue Lösungen deshalb abgelehnt werden, weil sie zu sehr von den bestehenden Typen abweichen. Der Redner fordert, daß viel mehr Wettbewerbe ausgeschrieben werden sollten, die man mit der Ingenieurkammer und der Zentralvereinigung der Architekten besprechen müßte.

Im weiteren übt GR.Lauscher Kritik am Karlsplatz-Wettbewerb, bei dem wichtige Gesichtspunkte für die Planung überhaupt ausgeklammert (Stadtbahn-Haltestellen) worden seien und man den Teilnehmern eine äußerst ungünstige Verkehrslösung aufgezwungen habe.

Der Redner schlägt vor, ein Kontaktkomitee mit der Architekten-sektion der Ingenieurkammer und der Zentralvereinigung der Architekten zu schaffen, von dem alle wettbewerbsreifen Punkte der Stadtplanung in Evidenz genommen werden sollten.

Die Komplexplanung von Neubauvierteln bezeichnet GR. Lauscher als ganz offen sichtlich mangelhaft und fordert die Schaffung echter Bezirkszentren mit möglichst vielen Gemeinschaftseinrichtungen. Als Beispiel dafür, wie es nicht gemacht werden soll, führt er die Neubauten an der Altmannsdorfer Straße an.

Bei der U-Bahn-Planung wurde die Perspektiventwicklung unserer Stadt nicht genügend berücksichtigt. Man muß sich darüber klar werden, daß die U-Bahn bei weitem nicht alle Transportprobleme lösen wird. Daher wird es sich wahrscheinlich nicht vermeiden lassen, wichtige Kreuzungen durch die Anlegung mehrerer Verkehrsebenen zu entschärfen. Die U-Bahn müßte so tief gelegt werden, daß darüber im Bereich wichtiger Straßenkreuzungen noch einige Verkehrs- beziehungsweise Leitungsebenen bleiben.

Zum Schulbau meint der Redner, daß die Renovierung alter Schulen in dicht verbauten alten Vierteln unrentabel sei. Er stellt die Frage, ob in diesen Vierteln Erhebungen angestellt wurden, deren Ergebnisse die hohen Kosten der Renovierung rechtfertigen.

Im weiteren fordert GR. Lauscher die vorausschauende Koordinierung von Straßen-Einbauarbeiten für ganze Stadtteile. Als konkretes Beispiel für die mangelnde Koordinierung führt er die Argentinierstraße an, die innerhalb weniger Jahre auf der gleichen Seite dreimal aufgerissen und wieder geschlossen wurde.

Der Redner schließt sich den Worten des Berichterstatters an, wonach es dringend notwendig wäre, daß der Bund mehr Straßen in Wien in seine Obhut übernimmt, zu Bundesstraße erklärt, und für ihre Erhaltung aufkommt.

In der Frage des Hochwasserschutzes hat der Berichterstatter erklärt, daß man bei den Verhandlungen zwischen der Gemeinde und dem Bund zu keinem Ergebnis gekommen sei. Im Gegensatz dazu heißt es jedoch in einem Artikel der Wiener Zeitung vom 2. Dezember, daß man für 1967 eine einvernehmliche Lösung erwartet, so daß in Bälde mit den Baumaßnahmen begonnen werden könnte. Was ist nun richtig? Eine andere Tageszeitung behauptete, daß die Förde-

rungsmittel des Bundes in Höhe von 6,3 Millionen Schilling für den Ausbau des Donauhafens ab 1967 eingestellt würden. Stimmt diese Meldung? Welche Schritte wurden hier seitens der Stadt Wien unternommen? Abschließend stellt GR. Lauscher die Frage, welche konkreten Vorschläge den Bund von der Stadt Wien zur Neugestaltung des Augartens vorgelegt wurden.

Die KLS-Fraktion wird den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe ihre Zustimmung erteilen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) meint, der lange und ausführliche Bericht von Stadtrat Heller könne nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine Verlangsamung des Baugeschehens eintreten wird, weil weniger Mittel vorhanden sind. Das Bauen in Wien wird nicht mehr so forciert wie früher. Die Schwerpunkte im Baugeschehen werden langsam abgebaut. Besonders der Brücken- und Wasserbau ist nach Meinung des Redners unterdotiert. Schon im Vorjahr sind die Ansätze unbefriedigend gewesen.

Es ergibt sich also die Frage, worauf dieses "Bremsen" beim Bauen zurückzuführen ist. Dr. Schmidt verweist auf die Diskrepanz zwischen den Ausführungen des Generalredners der SPÖ, Dr. Stemmer, der eine Planung für das Jahr 2.000 als utopisch bezeichnet hat und den Ausführungen von Stadtrat Heller, der Überlegungen für das Jahr 2.000 anstellt. Vielleicht ist diese offensichtliche Meinungsverschiedenheit innerhalb der Rathausmehrheit die Ursache für die "schöpferische Pause" im Bauwesen.

Der Redner beschäftigt sich dann mit den Unterschieden zwischen Theorie und Praxis beim Städtebaulichen Grundkonzept. So werden Baulücken verbaut, statt die dichtverbauten Gebiete aufzulockern.

Beim Wohnungsbau anerkennt der Redner, daß zum ersten Male die Milliardengrenze überschritten wird, und die Steigerung 7,2 Prozent beträgt. Er fragt aber, warum die Baukapazität nicht mehr gesteigert wird. Die Bauzeiten in Wien sind doppelt so lang wie im Ausland. Die Bauzeitverlängerungen gehen jetzt schon bis zu einem halben Jahr. Die steigenden Baukosten sind auch die Ursache dafür, daß die Wohnungen immer kleiner werden. Eine weitere Verringerung der Wohnungsgrößen kann im Interesse der Familien nicht mehr vertreten werden.

Die steigenden Baukosten führten zur Frage, was man dagegen unternehmen könnte. Der Gewerkschaftsbund hat sich bereits vor zwei Jahren mit diesem Problem beschäftigt und unter anderem festgestellt, daß vor allem kleine Bauvorhaben und die Lückenverbauung mit an der Kostensteigerung schuld sind.

Der Redner begrüßt es, daß der Anteil der in Montagebauweise errichteten Wohnungen, an der Gesamtzahl gemessen, immer mehr ansteigt und nun schon bei 38 Prozent liegt. Es wäre zu untersuchen, wieweit auch Privatfirmen zu dieser Montagebauweise herangezogen werden könnten ohne Qualitätseinbußen zu erleiden. Die nach der Methode Camus errichteten sind in ihrem Grundriß und in der Qualität sehr gut und man möchte nur wünschen, daß diese modernen Grundrisse auch in der herkömmlichen Bauweise verwendet würden.

Der Wohnbau werfe große Probleme für die Gemeinde auf. Mehr als eine Milliarde wird aufgewendet für 5000 Wohnungen. Das sei sehr viel, besonders dann, wenn für andere wichtige Vorhaben nicht die entsprechenden Beträge vorhanden sind. Es ist daher verständlich, daß die Rathaus-Mehrheit Überlegungen anstellt, um zu einer Reform im Wohnbau zu kommen. Es ist jedoch zu hoffen, daß diese Überlegungen nicht angesichts des näherkommenden Wahljahres wieder zurückgestellt werden.

Für die Bewältigung der Verkehrsprobleme stehen leider zu wenig Mittel zur Verfügung. Die Schaffung von Verkehrsverbindungen hält keineswegs Schritt mit der Errichtung von Wohnhausanlagen am Rand der Stadt. Die Großfeldsiedlung wird 5000 Wohnungen, ein Einkaufszentrum, Schule und Kindergarten umfassen. Wie wird sie aber verkehrsmäßig aufgeschlossen sein? Ähnliche Schwierigkeiten gibt es bereits in Kagran und bei der Wohnhausanlage Altmannsdorfer Straße. In der Krottenbachstraße wiederum hat man nicht ausreichenden Parkraum mit eingeplant. Die einzelnen Maßnahmen der Stadtentwicklung werden leider nicht entsprechend aufeinander abgestimmt. Im Norden Wiens wurde das erste Stück des Autobahnnetzes begonnen. Die Einmündung der Donaukanalbegleitstraßen in den Gürtel liegt vor, aber niemand weiß, wo und wie es weitergehen soll. Die Gürtelbrücke und die Heiligenstädter Brücke haben eigenartiger Weise nicht die erwartete Erleichterung für den übrigen Verkehr gebracht. Viele Verkehrsteilnehmer ziehen die Nebenstraßen vor.

Leider lassen die Budgetansätze nichts über die Fortsetzung des Schnellstraßensystems erkennen. Bei den mit Ansätzen bedachten Vorhaben handelt es sich um ein "Restprogramm".

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß für den Karlsplatz seit 1964 Beträge eingesetzt sind, jedoch immer unter einer anderen Post und in dieser konzeptlosen Budgetierung spiegelt sich die Konzeptlosigkeit des ganzen Projektes wider. Auf einen der schönsten Plätze der Welt hat man vor einigen Jahren den Klotz eines Museums hingestellt, der es - wie die vielen anderen Gegebenheiten, die berücksichtigt werden mußten - anscheinend unmöglich gemacht hat, ein wirklich befriedigendes Projekt zu erhalten. Leider haben sich an dem Wettbewerb anscheinend auch keine bekannten Fachleute beteiligt.

Bei der Abteilung für Brücken- und Wasserbau sind die Ansätze geringer als in den Jahren vorher. Der Redner bezeichnet das als sehr verwunderlich, stehen wir doch vor dem Beginn des U-Bahn-Baues. Mit dem seinerzeitigen Beschluß haben wir die U-Bahn-Linien 1 und 2 und deren Baubeginn im nächsten Jahr beschlossen.

Der Redner vermißt auch Budgetmittel für vorbereitende Arbeiten zur Verlängerung des Zweierlinien-Tunnels und für die Brücke über das Wiental im Zuge des Plützersteiges. Er stellte die Frage, ob letzteres Projekt überhaupt noch aufrecht sei.

Auch zur Lösung des Parkraumproblems müßten Vorkehrungen getroffen werden, da Untersuchungen von Fachleuten dies immer dringlicher erscheinen lassen. Auch die U-Bahn werde den Individualverkehr keineswegs ersetzen, sondern nur entlasten. Die Gemeinde müsse die private Initiative zum Parkgaragenbau fördern.

Eingehend beschäftigte sich Dr. Schmidt mit den Plänen um das Fernwärnewerk an der Spittelauer Lände und bezeichnete sie als Beispiel einer Fehlplanung. Er kritisierte, daß im Budget bereits eine zweite Baurate dafür vorgesehen sei, obwohl noch nicht einmal die erste Baurate beschlossen wurde. 4 Millionen seien verplant worden. Er stellte auch die Frage nach den eingeholten Gutachten über die Gefahr einer Luftverunreinigung durch das Fernheizwerk.

Wien verzeichne regelmäßig Hochwässer, deren Gefahr vor allem darin bestehe, daß das Wasser die Dämme durchdringt. Es sei unrealistisch, zu hoffen, daß sich der Bund an dem Milliarden-Projekt des Stadtbauamtes - Bau eines Entlastungskanals - maßgeblich beteiligen werde. Außerdem bestehen juristische Meinungsverschiedenheiten über die gesetzlichen Verpflichtungen des Bundes.

Gegen den Verteilerschlüssel für die Mittel des Katastrophenfonds habe Bürgermeister Marek im Gemeinderat am 16. September mit Recht protestiert. Warum aber sei er nicht zwei Tage vorher im Bundesrat gegen diesen Verteilerschlüssel aufgetreten und warum habe die SPÖ auch im Parlament dafür gestimmt? Der Verteilerschlüssel sei von der ÖVP und SPÖ im Parlament gegen die Stimmen der FPÖ beschlossen worden.

Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) nimmt zum Problem des Baulärms Stellung, dessen schädliche Wirkung immer größer wird. Die Baustellen sind zu Lärmstellen geworden. Sie sind gewissermaßen "offene Betriebe", die Maschinen stehen im Freien, der Lärm wird unmittelbar wirksam. Der Redner fordert eine wesentliche Verschärfung der bestehenden Bestimmungen, die etwa in der Bauordnung enthalten sind. Es sei zu begrüßen, daß gegenwärtig ein Bundesgesetz ausgearbeitet wird, das Abhilfe auf diesem Gebiet bringen soll. Solche gesetzliche Maßnahmen wären auf Landesebene gleichfalls notwendig. Es sei auch zu begrüßen, daß der Wiener Stadtbau- direktor bei der U-Bahn-Debatte erklärt hat, bereits 1964 sei ein Erlaß herausgekommen, wonach die Angebote jener Firmen berücksichtigt werden sollen, die sich verpflichten, lärmarm zu arbeiten. Leider sei trotzdem noch nicht alles so, wie es sein sollte.

Zahlreiche Klagen aus der Bevölkerung zwingen zu wirksamen Maßnahmen gegen den Baulärm, der, wie jeder andere Lärm auch, über einer bestimmten Phongrenze (85 bis 90 Phon) die Arbeitsleistung der Menschen stark beeinflusst und in weiterer Folge zu Gesundheitsschäden führt. Aus eigener Erfahrung könne er sagen, daß zum Beispiel auf der Großbaustelle Matzleinsdorfer Platz allein der ununterbrochene Einsatz des Bohrpfahles, den man als leise bezeichnet, außerordentlich unangenehm empfunden wird.

Der Redner fordert Gegenmaßnahmen auf gesetzlichem und auf technischem Gebiet und schildert die Erfolge, die der Technik hier bereits gelungen sind.

Abschließend kommt GR. Dipl.-Ing. Blaschka auch auf das Problem der Luftverunreinigung zu sprechen und kritisiert in diesem Zusammenhang jene Methode im Wiener Straßenbau, bei der der Teerbelag auf die Straßen aufgebracht, anschließend Split gestreut und es dann den Kraftfahrzeugen überlassen wird, den Split in die Straßendecke einzuwalzen. Das bringe große Staubentwicklung mit sich. Der Redner stellt an den Berichterstatter die Frage, ob keine andere Methode angewendet werden könne.

GR. Planek (SPÖ) hebt einleitend die gewaltigen Leistungen der Geschäftsgruppe für Bauangelegenheiten hervor, die darin zum Ausdruck kommen, daß im Jahr fast 2,5 Milliarden Schilling, das sind 25 Prozent der gesamten Budgetausgaben, verbaut werden.

Ausführlich interpretiert der Redner dann den sozialistischen Generaldebattenredner Dr. Stemmer, der im Zusammenhang mit Planung von Utopie gesprochen hat. GR. Planek zitiert Jakob Burckhardt in seinen weltgeschichtlichen Betrachtungen "Eine vorausgewußte Zukunft ist ein Widersinn..." Wer von uns, setzt er fort, hätte zum Beispiel 1920 gedacht, daß es einmal einen zweiten Weltkrieg gibt. Hier werden anscheinend zwei Standpunkte verwechselt. Auch er sei der Meinung, man könne die Zukunft nicht voraussehen, aber für ihn sei die Wissenschaft das Wissen, um voraus zu wissen! Der Computer zum Beispiel setzt uns instand, gewisse Dinge vorauszuberechnen. Andererseits: Niemanden würde es einfallen, ein Haus zu bauen und bei jedem Bauabschnitt zu untersuchen, ob dieser Tram hält oder jene Mauer stark genug ist. Wir werden die Baustoffe vorher untersuchen, wir werden prüfen, ob die Mischung des Betons richtig ist, usw. Es ist also möglich, gerade in der Stadterneuerung, eine ganze Reihe von Dingen prüfend vor auszurechnen. Er denke da nur an die U-Bahn-Planung oder an Straßenbelastungsrechnungen. Eines kann man natürlich nicht: vor aus berechnen, ob es wirklich zutreffen wird, daß ein Schluß für die Zukunft absolut gilt. Aber der Mensch wird immer versuchen, in die Zukunft zu denken, sich eine Vision zu schaffen, eine Idee auszudenken und darnach seine Umwelt, seine Stadt zu gestalten.

Eine andere Bemerkung in der Debatte, daß heute noch auf den Grundlagen der Planung von Bürgermeister Lueger aufgebaut werde, nimmt der Redner zum Anlaß, über das historische Bild dieses Wiener Bürgermeisters zu sprechen. Es sei falsch, aus Lueger eine Legende zu machen, aber ebenso falsch wäre es, aus ihm einen kleinen Mann zu machen. Für ihn sei Lueger keine Zäsur in der geschichtlichen Entwicklung unserer Stadt. Eine solche Zäsur bedeute für ihn das Jahr 1918 und Reumann und Seitz und Danneberg. Das war ein neuer Beginn!

Was aber verdanken wir Lueger? Wir verdanken ihm den Wienerwald, die Neuordnung der Armenversorgung, die Kommunalisierung von Gaswerk, E-Werk und Verkehrsbetrieben. Er war für seine Zeit auch in gewissem Sinn ein revolutionärer Mann. Aber ich würde es, meint Gemeinderat Planek, auf unsere Zeit übertragen, nicht als positiv empfinden, daß er den Antisemitismus benützte, um sich emportragen zu lassen. (Gemeinderat Leinkauf, ÖVP: Er hatte sozialistische Bundesgenossen!) Er wolle nicht behaupten, entgegnet Gemeinderat Planek, daß der Antisemitismus nicht auch in andere Reihen eingedrungen ist. Aber in der Politik lehne er diesen Geist ab (Stadtrat Dr. Maria Schaumayer, ÖVP: Wir auch!)

Man müsse auch bedenken, das was Lueger geschaffen hat, hat er mit einer ungeheuren Verschuldung unserer Stadt getan. Die Kosten seines Aufbaues betragen 1.360.000.000 Kronen. Im Jahr 1901 war das Budget der Stadt Wien zu 27,1 Prozent durch Tilgung und Verzinsung belastet. Was würden sie heute zu einem solchen Finanzreferenten sagen? 1918, als die Sozialisten ans Ruder kamen, hatten sie das "ungeheure Glück", daß eine Inflation kam, sie wären sonst schwerstens belastet gewesen durch die Schuldenwirtschaft Luegers.

Abschließend dazu meint Gemeinderat Planek, er hielte es auch für falsch, zu sagen, daß wir heute auf den Grundlagen von Bürgermeister Seitz aufbauen. Wir haben viele Gedanken übernommen, aber wir leben in einer anderen Zeit und haben andere Verhältnisse.

Nach diesen prinzipiellen Äußerungen beschäftigt sich der Redner mit den Fernheizwerken und begrüßt den Plan eines ganz Wien erfassenden Fernheiznetzes.

Gleich darauf beschäftigt sich Planek mit einer Bemerkung in der Debatte, in der von einer "schöpferischen Pause" die Rede war. Schöpferische Pause bedeutet doch, daß plötzlich im Besinnen der Gedanke oder die Erkenntnis über irgend etwas aufleuchtet. Wie oft sind große Forscher und Wissenschaftler in dieser schöpferischen Pause zu einer Erkenntnis gelangt.

Die Ausführungen des Stadtrates zur Baulandfrage bezeichnet der Redner als ein neues Blatt in der Finanzgeschichte unseres Landes. Jahrelang ging man an einem selbstverständlichen Problem vorüber. Denn was ist Bauland eigentlich? Es ist vorerst einmal ein Feld oder ein Acker, der erst durch die Aufschließung zum Bauland wird. Durch die Aufschließung wurde bisher auf Kosten der Stadt etwas erzeugt, wofür sie nichts verlangte. Vielmehr haben die Grundspekulanten die Aufschließung in ihre Preise eingerechnet. Das kann und soll sich ändern. Es ist doch für jeden Unternehmer selbstverständlich, daß er die Kosten seiner Produktion dem Käufer der Ware anrechnet. Wir waren als Gemeindeverwaltung großzügig und haben das nicht getan. Können wir uns das aber auf die Dauer leisten? Die Einhebung einer sogenannten Aufschließungsabgabe würde es also ermöglichen, überall dort, wo die Stadtverwaltung die Aufschließungskosten getragen hat, diese bei Verbauung der Grundstücke wieder hereinzubringen. Dadurch wird es aber möglich sein, auf die Einhebung der Anliegerbeiträge, der Kanaleinmündungsgebühr und die Verpflichtung zur Gehsteigerstellung zu verzichten. Es würde sich also um keine zusätzliche Steuer handeln, sondern nur um eine neue Form der Refundierung der von der Stadt aufgewendeten Kosten. Im deutschen Bodenbeschaffungsgesetz ist ein ähnlicher Paragraph bereits enthalten.

Abschließend stellt der Redner fest, daß die SPÖ-Fraktion den Ansätzen zustimmen werde. Wir kommen wieder ein großes Stück weiter, obwohl natürlich nicht alle offenen Fragen gelöst werden können. Das große Problem der Stadterneuerung mit allen seinen vielfältigen Seiten wird uns natürlich noch viele, viele Jahre beschäftigen.

GR. Dr. Macher (ÖV) stellt einleitend zu den Ausführungen seines Vorredners fest, daß dieser einen Irrtum unterlegen sein müßte, denn in seiner damaligen Rede, die er vorliegen habe, sei der Name Dr. Karl Lueger nicht vorgekommen.

Er wollte nur einiges aus dem Jahr 1910 hervorheben und es täte ihm leid, wenn dieser Gedanke nicht verstanden worden wäre. Er wollte damals sagen, heute ist es ja aktuell geworden, daß bereits seinerzeit die Stadt in ihrem heutigen Umfang aufgeschlossen wurde und wir daher aus der damaligen Aufschließung den Nutzen ziehen.

Zu den Ansätzen für Verkehrsbauten stellt der Redner fest, daß nicht allein die Höhe entscheidend sei, denn man könnte durch entsprechende Rationalisierung auch mit geringeren Ansätzen größere Erfolge erzielen. Wir dürfen jedoch nicht glauben, daß der Ausbau des Großverkehrsnetzes auch die Binnenverkehrsprobleme lösen kann. Der Redner stellt fest, daß sich verschiedene Organisationen mit Verkehrsfragen beschäftigen und stellt den Antrag auf Schaffung eines Verkehrsbeirates. Dieser sollte sich aus den Mitgliedern der zuständigen Gemeinderatsausschüsse, aus den Beamten, die mit Verkehrsproblemen befaßt sind, aus Verkehrsexperten und aus Vertretern der Kraftfahrerverorganisation zusammensetzen.

Der Redner kommt sodann auf das Bauvolumen unserer Stadt zu sprechen und stellt fest, daß mit den veranschlagten Beträgen 11.500 neue Wohnungen gebaut werden können, und zwar 5.200 als direkte Wohnbauleistung der Gemeinde und 6.300 durch von der Gemeinde geförderte Wohnbaugenossenschaften. Für Notstandsfälle werden derzeit jährlich 4.500 Wohnungen, aus dem qualitativen Fehlbestand insgesamt 215.000 Neuwohnungen benötigt. Der kommunale Wohnbau erbringt als Ersatz für veraltete Wohnungen jährlich nur rund 700 Einheiten (Zwischenruf StR. Bock: Die 4.500 Notstandsfälle kommen ja zumeist auch aus Bassena-Wohnungen!) Bedenkt man, daß jährlich rund 15.000 Ehen geschlossen werden, erscheinen zur Beseitigung des qualitativen Wohnungsfehlbestandes mindestens 15 Jahre erforderlich. Damit gewinnt die Frage der Bauzeitverkürzung durch Rationalisierung an Bedeutung. Das Ganze darf kein Problem von Generationen sein, sondern muß von unserer Generation gelöst werden. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Bauindustrie mit der Fertigteilproduktion. Bei uns herrscht reine Auftragsproduktion, in Schweden dagegen wird auf Vorrat produziert, was kostensenkend wirkt.

Ein Vergleich der Voranschlagssummen für den kommunalen Wohnbau von 1958 bis 1965 mit dem Baukostenindex zeigt, daß die Wohnbaumittel in diesem Zeitraum um 40 Prozent stärker gestiegen sind, als der Baukostenindex. Der Baukostenindex ist also keineswegs die alleinige Ursache dafür, daß die Wohnungszahlen nicht steigen, oder die veranschlagten Bauziffern nicht erreicht werden können.

Für den Baufortschritt ist nicht nur die Finanzierung maßgebend. Mindestens ebenso wichtig ist die Organisation der Arbeit. Diesbezüglich ist an einen ÖVP-Antrag zu erinnern, der eine Koordinationsstelle für Baufragen forderte.

Bei den österreichischen Wohnungsgrößen gibt es ein West-Ost-Gefälle. Obwohl neuerdings anteilmäßig mehr Wohnungen der Type C gebaut werden, wie es ein ÖVP-Antrag vom Vorjahr verlangte, ist dies nicht ausreichend. Eine Meinungsumfrage unter jungen Ehepaaren ergab, daß 62 Prozent eine Wohnungsgröße von 58 bis 65 Quadratmeter wünschen.

Die Bedeutung der Schwiegermutter als Babysitterin steigt. Darum dürfen Altenwohnungen nicht allzuweit von den Wohnungen für junge Ehepaare entfernt gebaut werden.

Im Verhältnis zur Zahl der errichteten Wohnungen wurden zu wenig neue Kinderspielplätze angelegt. Im kommenden Jahr wird man auch über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus Abstellplätze für Pkw schaffen müssen.

Im Zusammenhang mit der Frage des "erweiterten Komforts" fordert der Redner die Koordinierung des Wohnbaus schon bei der Planung mit den Lebensbedürfnissen der zukünftigen Mieter. Das heißt, es muß schon bei der Planung großer Wohnhausanlagen dafür vorgesorgt werden, daß auch genügend Handwerkern und Dienstleistungsbetrieben die Möglichkeit gegeben wird, sich in nächster Nähe dieser Anlagen anzusiedeln. Die kleinen Gewerbetreibenden sind keinesfalls in der Lage, nur mit eigenen Mitteln ihren Standort zu wechseln.

Mit dem Bau von rund 130.000 neuen Wohnungen seit Kriegsende rückt die Fassadengestaltung der neuen Häuser immer mehr in den Vordergrund des Stadtbildes.

Durch die Monopolisierung ist die Gefahr, einer Monotonie der äußeren Gestaltung der Wohnhäuser gegeben, eine Gefahr, von der nicht nur die Ästhetik, sondern auch die Gesundheit der Menschen bedroht sein kann. In England wurde nämlich festgestellt, daß diese Monotonie Geisteskrankheiten hervorrufen kann. In diesem Sinn ist auch der folgende Satz eines britischen Schriftstellers zu verstehen: "Die moderne Architektur ist nur in der Nacht zu ertragen."

Abschließend bedauert Gemeinderat Dr. Macher die Abwanderung österreichischer Architekten ins Ausland und verlangt schließlich, daß der Montagebau nicht nur schneller, sondern auch noch billiger sein müßte, als er es jetzt schon ist.

Gemeinderat Dr. Glatzl (ÖVP) nimmt zu Problemen des 14. Bezirkes Stellung und fordert Klarheit in den Fragen der Flötzersteig-Brücke und des neuen Sportplatzes in Penzing. Die Planung des Sportplatzes müßte schneller vorangetrieben werden.

Gemeinderat Jodlbauer (SPÖ) kommt einleitend auf die großen Impulse zu sprechen, die von den Bauaufträgen für rund 2,5 Milliarden Schilling im nächsten Jahr nicht nur auf die Bauwirtschaft, sondern auch auf die anderen Wirtschaftszweige unserer Stadt ausgehen werden. Er weist darauf hin, welche gewaltige Leistung es bedeutet, jährlich solche Summen in Umlauf zu bringen, und schildert die ungeheuer große, mit vielen Schwierigkeiten verbundene Arbeit auf dem Weg der Verwirklichung eines Bauvorhabens, angefangen von der Funktionsplanung bis zur Bauübergabe und zur Schlußabrechnung.

Auch bei der Arbeitsdurchführung ist in der Verwaltung viel zu tun: die Überprüfung der geleisteten Arbeit, die Überprüfung der Materialien. Ist die Arbeit dann durchgeführt, beginnen die Kollaudierung, die Abrechnung und dann - wie wir es bei der Gemeinde gewohnt - wird die Rechnung gleich ausbezahlt. Nach zwei Jahren wird noch die Restfehler-Feststellung vorgenommen und, wenn keine Fehler vorhanden sind, die Haftrücklage freigegeben.

Der Redner wendet sich dann scharf gegen jeden Mißbrauch mit öffentlichen Geldern. Wer sich an solchem Geld vergreift, den soll genau so die Strenge des Gesetzes treffen, wie bei Treuhandgeldern. Jedermann hat die Verpflichtung, hier die Dinge nicht

schleifen zu lassen, sondern sofort aufzuzeigen, damit man gegen solche Entwicklungen rasch genug eingreifen kann. Er sei stolz, daß trotz allen Überprüfungen der letzten Monate gesagt werden kann, daß solche Vorkommnisse in der Gemeindeverwaltung nicht gefunden und aufgezeigt worden sind. Den Grund dafür sieht der Redner in System der Auftragsvergabe und der Auftragskontrolle, die keinen Mißbrauch aufkommen lassen.

Geneinderat Jodlbauer tritt dann dafür ein, daß jeder Wirtschaftstreibende die gleichen Chancen im Wettbewerb um die Auftragsvergabe erhält. Es dürfe auch keine Bevorzugung durch irgendwelche Protektionen geben und keine Schikanen bei der Baudurchführung, nur weil man einem Aufsichtsorgan nicht zu Gesicht steht.

Im Zusammenhang mit der Schaffung von Geschäftsräumen und neuen Werkstätten in den neuen Wohnungsgebieten unserer Stadt erbringt der Redner den Nachweis, daß innerhalb der gewerblichen Wirtschaft in den letzten Jahren ein echter Konzentrationsprozeß feststellbar ist. Aus der historischen Entwicklung ist die große Zahl von "Einmann-Betrieben" zu erklären, die es unmittelbar nach dem Krieg gab. 1946 waren zum Beispiel in Wien nicht weniger als 10.000 Lebensmittelgeschäfte vorhanden, 5.000 Papierhändler, 8.000 Schneider. Mit der Einführung der Selbständigenpensionsversicherung haben sich diese Menschen ab 1958/59 zur Ruhe gesetzt. Seit 1960/61 wird nun eine starke Betriebsbereinigung vorgenommen. Eine Zusammenfassung der Jahre 1961 bis 1966 zeigt, daß bei den freien Gewerben bei einer Gegenüberstellung der An- und Abmeldungen ein Minusstand von 365 Betrieben besteht, beim gebundenen Gewerbe von 3.005 Betrieben, beim handwerklichen von 5.172 und nur bei den konzessionierten Betrieben ist eine Aufwärtsentwicklung um 657 Betriebe zu verzeichnen. Der Rückgang des Einmann-Betriebes wird sich auf die Wirtschaft sicherlich nicht ungünstig auswirken, können doch Betriebe mit mehr Beschäftigten leistungsfähiger und produktiver arbeiten. Trotzdem brauchen wir in vielen Fällen aber auch diese Einmann-Betriebe und wir werden daher in der Zukunft mehr als in der Vergangenheit die notwendigen Werkstätten und Geschäftsräume schaffen müssen. In welcher Form und mit welcher Beitragsleistung des Betroffenen das zu geschehen haben wird, muß noch überlegt werden.

So günstig die Schaffung eines Industriegebietes auch ist, wird man nicht alle Betriebe dorthin verlegen können, hängen doch manche Gewerbe von ihrem Standort ab. Darüber hinaus will auch die Bevölkerung in den neuen Wohnstätten alle notwendigen Einrichtungen vorfinden. Leider müssen wir feststellen, daß in den letzten Jahren der Einbau von Geschäften in unseren Wohnhausanlagen auf Grund des Garagengesetzes zugunsten der Errichtung von Einstellplätzen zurücktreten mußte. Das Stadtbauamt wird sich jedoch dazu entschließen müssen, in Zukunft wieder mehr Lokale einzuplanen.

Abschließend kommt der Redner auf die Gärten und Parkanlagen zu sprechen, die sicherlich alle Wiener erfreuen. Die Verwaltung kann jedoch nicht alles allein machen. Der Redner appelliert daher an alle Gartenbesitzer und die Benützer von Gärten, auch diese so instandzuhalten, daß sie einen erfreulichen Anblick bieten. Leider ist das bei manchen Vorgärten in den Außenbezirken nicht der Fall. Auch an der Aktion "Wien im Blumenschmuck" sollten sich mehr Wiener beteiligen. Helfen wir alle mit, daß noch mehr Blumen und noch mehr Grün in unsere Stadt kommt, damit unser Leben schöner und glücklicher wird. (Allgemeiner Beifall.)

Gemeinderat Dozent Dr. Gisel (SPÖ) stellt fest, aus den bisherigen Beiträgen gehe hervor, daß die Ausgangsposition dieser Geschäftsgruppe für das kommende Jahr eine gute ist. In den letzten zwanzig Jahren hat sich Wien nicht wesentlich vergrößert. Bei uns ist das verbaute Gebiet nicht identisch mit den Stadtgrenzen und wir haben noch eine gewisse Harmonie zwischen Landschaft und Stadt. Während wir also einerseits gleichen Status, gleiche Größe und gleiche Menschenzahl haben, haben wir auf anderem Gebiet das gleiche Schicksal wie andere Großstädte zu tragen, nämlich daß ein nicht kleiner Teil der Stadtbevölkerung die Chance wahrnimmt, sich außerhalb der Stadt anzusiedeln. Während also seinerzeit die Menschen vom Land in die Stadt zogen, ist es heute umgekehrt. Es kommt dadurch jenseits der Grenzen unserer Stadt zur Zersiedelung, es müssen Verkehrswege gebaut und instandgehalten werden. Also ein weiteres Problem für eine Verwaltung.

Der Redner kommt dann auf das Fällen von Bäumen in Zusammenhang mit Bauvorhaben zu sprechen und darauf, daß er immer wieder Briefe bekommt, in denen er ersucht wird, dagegen einzutreten, da er als "Anwalt" der Bäume bekannt sei. Natürlich empfindet man es schmerzhaft, wenn ein Baum gefällt werden muß und die Stadtverwaltung versucht immer das möglichst zu verhindern. Leider ist das aber bei Privaten nicht so. Viele der alten Höfe, in denen ehemals Bäume standen, sind jetzt asphaltiert und dienen als Abstellplätze. Niemand protestiert aber dagegen. Der Redner bedauert es als Arzt, daß durch immer wieder ein Stück "Lunge" aus unserer Stadt entfernt wird.

Abschließend zitierte Gemeinderat Dr. Gisel einen Wiener Lyriker, der dem Baum in der Großstadt ein Gedicht gewidmet hat und dankte den Mitarbeitern des Stadtgartenamtes für die laufend vorgenommenen Neupflanzungen.

Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Strobl (ÖVP) stellte zum Fernheizwerk Spittelauer Lände fest, daß in zuständigen Ausschuß nicht von einem Gutachten der Meteorologischen Zentralanstalt die Rede war, sondern von einem umfangreichen Gutachten unabhängiger Fachleute, das seines Wissens bis heute nicht vorliegt.

Der Redner kommt dann auf zwei Punkte des Städtebaulichen Grundkonzeptes zu sprechen, die den Schutz des Stadtbildes und die Zusammenarbeit mit Niederösterreich und den Nachbargemeinden in Planungsfragen empfehlen: Die Planung muß großräumig durchgeführt werden und bis an die Grenzen der Republik im Norden und Osten reichen. Es fehlt an einem Großraumplanungskonzept für Ostösterreich mit seinen Verbindungen zu den Nachbarstaaten. Die Verkehrsplanung innerhalb der Stadtgrenzen muß auch auf die Anschlüsse an das übrige österreichische Straßennetz und an die Fernverkehrsstraßen des benachbarten Auslandes Rücksicht nehmen. Es ist die Frage, ob die Wiener Ausfallstraßen für eine Verstärkung des Verkehrs gerüstet wären und ob die Stadt Wien diesbezüglich Forderungen an den Bund herangetragen hat.

Zur Unlandplanung gehört die Einfügung des Nordostens der Stadt in ein gesamtösterreichisches Konzept. Dasselbe gilt von der "Bandstadt" nach dem Süden, also das Industriegebiet zwischen Wien und Wiener Neustadt. Der Planungsausschuß Wien-Niederösterreich sollte seine Tätigkeit aktivieren.

Es ist notwendig, ein endgültiges Leitbild der Stadtentwicklung inklusive des Umlandes zu erstellen und daraus die notwendigen Maßnahmen abzuleiten.

Die Empfehlungen des städtebaulichen Grundkonzeptes fordern im Punkt 8 auch den Schutz des Stadtbildes. Verschiedene Assanierungsgebiete Wiens wurden ohne Erhaltung des örtlichen Stadtbildes erneuert. Ein Problem für sich bilden die sogenannten Rasterviertel aus der Gründerzeit, die 84,5 Prozent Kleinst- und Kleinwohnungen erhalten.

Bei anderen Assanierungsprojekten steht die Erhaltung des kulturell wertvollen Baubestandes und des typisch wienerischen Charakters im Vordergrund. Beispiele für eine geglückte Lösung sind die Assanierungsviertel Blutgasse, Barnabitengasse oder die Pläne um den Spittelberg.

Ähnliche Konzepte wären notwendig für Grinzing, Sievering, Pötzleinsdorf, Stammersdorf, Leopoldau, Hütteldorf-Hacking, Ober-Sankt Veit, Hetzendorf, Lainzer Platz, Piaristenkirche und Umgebung, Maria am Gestade und verschiedene Teile der Innenstadt, das Viertel um das Belvedere und das Schwarzenbergpalais beziehungsweise den Schwarzenbergplatz. Bei der Altstadtsanierung der Innenstadt wäre besonders auf die Schaffung von Fußgängerreservaten zu achten.

Die ÖVP hat schon heuer im Juli ein Generalsanierungs- und Stadterneuerungsprogramm gefordert. Für Assanierungspläne sollen auch Wohnbaumittel herangezogen werden, weil die Erhaltung und Verbesserung des Althausbestandes eine Entlastung des Wohnungsmarktes bedeutet.

Für die Vorgangsweise bei Assanierungen haben Fachtagungen in Krems und Salzburg wertvolle Richtlinien erarbeitet. Am Beispiel Hamburgs sieht man, daß manche Gebietskörperschaften ein eigenes Sanierungsgesetz vorbereiten. Wichtig ist vor allem, die durch die moderne Verkehrsentwicklung gestörten Lebensfunktionen eines Assanierungsgebietes zu heilen, wobei auf die Bewahrung historischer Gebäude und wertvoller Stadtbilder besonderes Augenmerk zu richten ist.

Die in den Budgetansätzen von 1963 bis 1967 veranschlagten Mittel für Stadt- und Landesplanung erscheinen nicht ausreichend.

Diese Mittel werden 1967 ganz wesentlich aufgestockt werden müssen, um die großen Aufgaben bewältigen zu können.

Der Redner zitierte abschließend einen Aufsatz von Stadtrat Heller, in dem auf die Bedeutung einer vorausschauenden Planung hingewiesen wird und erklärte, daß die ÖVP den Ansätzen der Geschäftsgruppe VI zustimmen werde.

GR. Ing. Hofmann (SPÖ) beschäftigt sich mit einigen Diskussionsbeiträgen und meint, er habe aus der Debatte den Eindruck mitbekommen, daß anscheinend jeder vom Bau ist, wenn es um das Baugeschehen geht. Er zeigt die "Widersprüchlichkeit" von ÖVP-Anträgen über Wohnungsgrößen auf, begrüßt den Wandel in den Auffassungen über den Montagebau und betont zur Frage der Aufwertung des Wohnungseigentums, daß es für die SPÖ niemals eine Grundsatzfrage gewesen sei, in welcher Form der Bevölkerung Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Die großen Projekte, die in naher Zukunft verwirklicht werden sollen (zum Beispiel U-Bahn-Projekt, der totale Hochwasserschutz, der heute vorgelegte Plan zur "Erzeugung" von Bauland), zeigen, daß die Entwicklung unserer Stadt in eine neue Richtung geht. An die Wiener Bevölkerung und besonders an die junge Generation richtet Gemeinderat Ing. Hofmann den Appell, dabei mitzutun und bei der weiteren Gestaltung unserer Stadt mitzuhelfen.

Zu den Bauskandalen will Gemeinderat Ing. Hofmann vor allem deshalb nicht viel sagen, weil in der betroffenen Partei immerhin so etwas wie eine Selbstreinigung vor sich geht. Als einer, der die Kontrolle über den Bau von rund 1.000 Wohnungen geleitet hat, meint er nur, daß es bis jetzt wohl noch niemals einer so kleinen Gruppe von "schwarzen Schafen" gelungen ist, einen ganzen Berufszweig in Mißkredit zu bringen. Deshalb müssen wir uns schützend vor die ehrlichen Leute in der Beamtenschaft, unter den Technikern und in der Bauwirtschaft stellen und sie vor Pauschalverdächtigungen bewahren. Die überwiegende Mehrheit der Beamten, Techniker und Bauleute lehne die Methoden, die sich hier gezeigt haben, energisch ab. Der Redner betont, daß das System der Vergabe bei der Gemeinde Wien durchaus in Ordnung sei und uns vor ähnlichen Vorfällen wie beim Bund geschützt hat. Vor allem aber haben sich die Techniker der Gemeinde Wien selbst geschützt.

Im weiteren schneidet der Redner einige Themen an, wie die Staubbefreiung von Siedlungsstraßen, die Unterführung der Erzherzog Karl-Straße, Bundesstraßen und Stadtautobahnen in Wien, den dringend notwendigen Beginn der Anschlußstücke für die vierte Donaubrücke, die Schnellbahn und den Hochwasserschutz.

Die Lösung für die Erzeugung von Bauland gibt uns Perspektiven, meint dann GR. Hofmann, die es wünschenswert erscheinen lassen, daß man unvoreingenommen an dieses Problemherangeht.

Abschließend sagt der Redner, wir sind tatsächlich an einem Wendepunkt des Geschehens in unserer Stadt angelangt. Es wird Aufgabe von uns allen und der ganzen Bevölkerung sein, hier mit-tätig zu werden. Er sehe in den Ansätzen dieses Kapitels einen Schritt weiter für Wiens Zukunft, für Wiens Zukunft nicht für das Plakat sondern für Wiens Zukunft in der Tat.

Stadtrat Heller dankt in seinem Schlußwort allen Rednern, und er betont "allen", für ihre sachlichen Diskussionsbeiträge. Es ist sehr viel Interessantes und Wertvolles gesagt worden, das schon deshalb auf fruchtbaren Boden fallen wird, weil die leitenden Beamten der Bauabteilungen im Gemeinderatssaal anwesend sind. Der Stadtrat benützt diese Gelegenheit nochmals, auf die große Beanspruchung der Beamten hinzuweisen und ihnen für ihre Leistungen zu danken (Beifall).

Wenn in der Debatte die Forderung nach mehr Geldmitteln gestellt wurde, hielt dem der Referent entgegen, daß es mit mehr Geld allein nicht getan ist, sondern eine Reihe anderer Voraussetzungen notwendig sind, um diese "mehr Mittel" verarbeiten zu können.

Welche Mittel werden 1967 für die Lösung der Verkehrsprobleme aufgewendet: Wir werden für Verkehrsbauten insgesamt 507,7 Millionen aufwenden, 1966 waren 473,4 Millionen veranschlagt. Der Rechnungsabschluß für 1966 wird einen ähnlich hohen Betrag ergeben wie der Voranschlag. Würde man die Bundesstraßen- und Autobahnkosten hinzuzählen, wären es 1966 777,1 Millionen und 1967 828,4 Millionen. Es kann also nicht davon gesprochen werden, daß hier mit einem Rückgang zu rechnen ist.

Zur Frage, warum keine Mittel für den U-Bahn-Bau veranschlagt sind, verweist Stadtrat Heller auf die seinerzeitigen Ausführungen

von Vizebürgermeister Slavik, daß die Finanzierung des U-Bahn-Baues in Wien nach Ausarbeitung eines Finanzierungskonzepts vom Gemeinderat gemeinsam mit dem Baukonzept beschlossen werden wird. Er hofft, daß bald ein Grundsatzbeschluß und auch ein Beschluß über die Finanzierung vorgelegt werden kann.

In der Frage der Stadtplanung bestehen zwischen Landtagspräsident Dr. Stemmer und ihm selbst, wie der Stadtrat feststellt, keine verschiedenen Auffassungen. Er stellt jedoch dazu fest, daß Stadtplanung keine einmalige sondern eine Daueraufgabe sei. Man kann heute nicht einen Plan bis zum Jahr 2000 erstellen und dann nichts mehr anderes tun, als diesen Plan einzuhalten. Wir werden in diesem Haus dauernd Stadtplanung betreiben müssen, was uns jedoch nicht von der Aufgabe entbindet, die Planungen langfristig anzulegen, weil wir Platz und Raum für künftige Entwicklungen freihalten müssen. Zum Wunsch nach einer "Perspektivplanung" - ein Ausdruck der aus den Oststaaten übernommen wurde - ist zu sagen, daß unsere U-Bahn-Planung schließlich auch als solche bezeichnet werden könnte.

Zur Ansicht, wir hätten uns nicht um die Anschlüsse an die Europastraßen gekümmert: Bekanntlich geht die E 5 und die E 7 durch Österreich. Beide Straßen kreuzen sich in Wien. Sie sind mit unseren Verkehrsplanungen koordiniert und spielen in unserem Autobahn- und Schnellstraßennetz eine bedeutende Rolle.

Die von GR. Dr. Strobl geforderten Planungen würden Jahre, vielleicht Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Viele der angeregten Planungen werden aber bereits seit langem vorgenommen. Für alle notwendigen Planungsarbeiten waren immer die erforderlichen Mittel vorhanden. Wir haben aber nicht immer genügend Fachleute zur Verfügung, die alle diese Planungen vornehmen könnten. 1966 hat es erfreulicherweise eine Vermehrung der Planposten um 10 gegeben, es sind auch schon Bewerber für diese Posten vorhanden. Die Stadtverwaltung beschäftigt viele wissenschaftliche Institute, freischaffende Architekten und Zivilingenieure. Was nützt es aber, wenn von den verschiedensten Instituten Planungen vorgelegt werden, dann aber nicht der Apparat von Bediensteten vorhanden ist, der die vorgelegten Planungsarbeiten auswertet und in der Praxis verwendet.

Auf die Verwirklichung der Großwasserstraße Rhein-Main-Donau müssen wir uns in Wien einrichten. Unsere Arbeiten in den verschiedenen Hafenanlagen sind bereits ein Teil dieser Aufgabe. Es wird hoffentlich auch der Donau-Oder-Kanal in nicht allzu ferner Zukunft fertiggestellt werden. Der Redner richtet an die zuständigen Bundesstellen die Bitte, dafür zu sorgen, daß die Einmündung dieses Kanals nicht wie angekündigt in Pressburg erfolgt, sondern in Wien, und zwar an jener Stelle, wo bereits einmal ein Teilstück gebaut wurde. Beim Bau der Donaustaustufe müßte der Bund ebenso für die Kosten aufkommen wie es in Niederösterreich geschehen ist und in Oberösterreich jetzt geschieht. Ein Ansuchen der Stadt Wien um einen 40 prozentigen Bundesbeitrag zur Errichtung der Kaimauer im Hafen Freudenu ist vorläufig - mündlich und inoffiziell - mit dem Hinweis abgelehnt worden, daß für 1967 im Bund für diese Zwecke keine Mittel vorhanden sind. Es ist zu hoffen, daß hier noch eine Änderung erfolgt. Ein Ansuchen um den 40 prozentigen Bundesbeitrag wurde auch für die Errichtung der Tankerreinigungsanlage gestellt.

Zur Verkehrserschließung: Die Großfeldsiedlung wird verkehrsmäßig sehr gut erschlossen und zwar wird eine Schnellbahnstation zwischen Großfeld- und Nordrandsiedlung errichtet, ausserdem wird ein Straßenbahnanschluß vorhanden sein und der Autobusbetrieb eingeführt. Sicherlich werden wir in Zukunft noch mehr für die Verkehrsaufschlüsselung der neuen Wohngebiete tun müssen und ebenso dafür, daß sie mit den notwendigen Versorgungsbetrieben versehen werden. Das Institut für Standortberatung wurde beauftragt, Gutachten für die Einplanung von Versorgungsunternehmungen zu liefern.

Es wurde gesagt, daß in den letzten Jahren eine bedeutende Erhöhung der Wohnbaumittel vorgenommen wurde, daß aber diesen höheren Mitteln nicht ein Mehr an Wohnraum gegenübersteht und daß der Baukostenindex nicht um den gleichen Prozentsatz gestiegen ist. Eine derartige Rechnung aufzustellen, sei nicht so einfach, vor allem bei dem Vergleich mit 1958, als man begann, die sogenannte bessere Ausstattung der Wohnungen einzuführen. Die Wohnungen wurden in dieser Zeit im Schnitt wesentlich größer und auch die Tatsache, daß immer mehr in den Außengebieten gebaut wird - dadurch höhere Aufschließungskosten - wirkt sich auf die Baukosten aus.

Die tatsächlichen Löhne, die in der Bauwirtschaft bezahlt werden, finden im Index auch keine Berücksichtigung. 1958 wurden noch keine zentral beheizten Wohnungen gebaut. Vom Bauprogramm 1967 sind 83 Prozent der Wohnungen mit Zentralheizungen ausgestattet.

Durch die Kürzung der Lohnaufförderungsmittel von 27,3 Prozent auf 21,1 Prozent erleidet Wien einen Ausfall von ungefähr 20 Millionen.

Über die Montagebauwohnungen wurde positiv gesprochen, nur die Befürchtung geäußert, daß durch das forcierte Bauen auf diesem Sektor nicht eine zu große Uniformierung eintreten könnte. Es wurde Kritik daran geübt, daß zu wenig Architekten diese Anlagen planen.

Stadtrat Heller nannte nun die Namen jener 23 Architekten, die in letzter Zeit bei der Planung der Montagearbeiten beschäftigt waren.

Von Architekten-Wettbewerben hält das Stadtbauamt nach wie vor sehr viel. Allerdings haben die Ergebnisse mancher Wettbewerbe der letzten Jahre nicht ganz den Vorstellungen entsprochen und sich bei der Baudurchführung als hemmend erwiesen. Bei der Ausschreibung von Wettbewerben ist eine Zusammenarbeit mit dem Wettbewerbsausschuß der Architektenkammer selbstverständlich. Beim letzten Karlsplatz-Wettbewerb wurden die Ausschreibungsunterlagen darüber hinaus auch mit den Mitgliedern der Jury beraten. Wenn das Ergebnis auch keinen himmelstürmenden Erfolg darstellt, muß man doch bedenken, daß die Aufgabe auf die Bebauung der Frühwirthgründe begrenzt war. Den Wettbewerb auf den ganzen Karlsplatz auszudehnen hätte keinen Sinn gehabt, weil außer dem Porrhaus keine freien Baugründe vorhanden sind.

Der Montagebau wird in Wien nicht nur für Johnhäuser verwendet. Seit Jahren richten wir unser Augenmerk auf die Montagebau-Schulen der VÖEST, sie sind aber leider viel teurer, als die Schulen in konventioneller Bauweise.

An privaten Montagebaufirmen gibt es in Wien eigentlich nur eine einzige, deren Gesellschafterin unter anderem die griechische Königin ist. Die anderen Firmen gehören größtenteils Großbanken. Wir werden diese Firmen demnächst im Konkurrenzweg ebenfalls heranziehen. 800 Montagebauwohnungen werden öffentlich ausgeschrieben werden.

Es ist sehr leicht, im Zusammenhang mit dem Fernheizwerk Spittelau von "Fehlplanungen" zu reden, man muß aber auch bedenken, daß es sich dabei um ein Projekt handelt, wie es nach Art und Größe in Österreich noch nie gebaut wurde. Es wird nicht nur ölbeheizte Kessel und eine Müllverbrennungsanlage, sondern auch eine Wärme-Kraft-Kupplung umfassen. Wie vor dem Gemeinderat schon einmal erläutert, ist die erste Bauverhandlung deshalb nicht gleich positiv verlaufen, weil bei dieser Gelegenheit erst die Wünsche der nichtstädtischen Dienststellen ermittelt werden mußten. Die nächste Bauverhandlung wird sicher anstandslos verlaufen. Aber auch bisher wurde auf der Baustelle schon mit jenen Arbeiten begonnen, die nicht in die Kompetenz des Gemeinderates fallen. Daher rührt die Bezeichnung im Budget "zweite Baurate".

Zur Frage der Luftverunreinigung liegen bereits Gutachten der zuständigen Bundesanstalt und der Technischen Hochschule vor. Man sollte diese Frage nicht hochspielen, denn es ist ja schließlich nicht das erste Fernheizwerk, das in der Welt errichtet wird. Es gibt bereits technische Möglichkeiten, um Luftverunreinigungen auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Außerdem werden durch das Fernheizwerk eine Unzahl von Einzelkaminen überflüssig. Allein der alte Teil des Allgemeinen Krankenhauses hat genauso viel Kamine, wie die Stadt Melk. Im Ganzen gesehen bringt das Fernheizwerk also eine Verbesserung der Situation. Es wurde natürlich auch alles mit dem Bund abgesprochen.

Es ist unrichtig, daß die drei fertiggestellten Gebäude des neuen AK nun provisorisch und unwirtschaftlich geheizt werden müssen. Unsere mobilen Heizwerke, die dort eingesetzt sind, sind sogar sehr wirtschaftlich. Der Betrieb eines riesigen Fernheizwerkes nur für diese drei Häuser wäre äußerst unrationell.

Den Beschwerden über kalte Wohnungen im Bundesländerhof sind wir nachgegangen und unsere Inspektoren konnten kleine Kinderkrankheiten des Fernheizwerkes feststellen, die leicht zu beheben sind. Nirgends aber wurden wirklich frierende Familien vorgefunden; dort, wo dies angeblich der Fall gewesen ist, betrug die Raumtemperatur 23 Grad bei geöffneten Fenstern.

Bis zum 12. Dezember hat es heuer in Wien 13.457 bewilligte Aufgrabungen gegeben.

Davon haben die Stadtwerke 5.433 beantragt, die Wasserwerke 4.937, das Bundeskabelbauamt 1156, Private 1285 und andere Stellen 646. Die Straßenbauabteilung des Wiener Magistrates verzeichnete nur 95 Baustellen, darunter allerdings Großbaustellen, wie die am Gürtel. Im allgemeinen kann dazu gesagt werden: Seien wir froh, daß bei uns etwas geschieht!

Ausbau des Flötzersteiges: Die Planungen haben hier längere Zeit in Anspruch genommen. Ich möchte aber ganz offen sagen, wir liebäugeln damit, daß diese wichtige künftige Autobahnverbindung Flötzersteig in naher Zukunft vom Bund übernommen und vom Bund gebaut wird. Das ist der Grund, warum wir noch nicht zu bauen begonnen haben.

Zusammenarbeit mit Polizei, Kraftfahrerorganisationen usw: Leider gibt es noch keine Organisation der Fußgänger, also der schwächsten Verkehrsteilnehmer. Gerade mit einer Organisation der Fußgänger müßte man besonders eng zusammenarbeiten.

Der Berichterstatter empfiehlt, den von Gemeinderat Dr. Macher vorgelegten UVP-Antrag nicht den Gemeinderatsausschüssen VI und VII, sondern dem Magistrat zuzuweisen, und zwar deshalb, weil die Behandlung von Verkehrsproblemen in viele Geschäftsgruppen hineinreicht.

Gespräche mit dem Bund über die Kostentragung beim Hochwasserschutz: Ich habe mich nicht pessimistisch geäußert, sondern gesagt, ich hoffe, daß 1967 alle Voraussetzungen für den Baubeginn geschaffen sein werden. Auf Beamtenebene wurden seit Jahren Verhandlungen mit dem Bund geführt, und zwar sowohl über die technischen als auch über die rechtlichen Probleme des Hochwasserschutzes. Darüber gibt es auch einen umfangreichen Schriftwechsel des Landeshauptmannes mit dem Bund, wobei der Bund allerdings eher zurückhaltend mit seinen Briefen war. Am 14. Juni hat der Landeshauptmann dem Bautenminister ein Schreiben übersandt, in dem er seiner Auffassung Ausdruck gibt, der Streit der beiden Gebietskörperschaften darüber, wer Recht habe, sei unzweckmäßig. Ferner wurde dem Bautenminister darin der Vorschlag unterbreitet, die Gespräche auf Beamtenebene abzubrechen und auf die höchste Ebene zu verlegen.

Am ersten Dezember dieses Jahres fand die erste Verhandlung auf höchster Ebene im Parlament statt. Der Bautenminister ließ sich das Hochwasserschutzprojekt mit allen technischen Einzelheiten noch einmal erläutern, so, als ob er noch niemals darüber informiert worden sei, und er ließ sich auch wieder alle jene Unterlagen überreichen, die bereits in vielen Ausfertigungen seit langem vorliegen. In rechtlicher Hinsicht vertritt die Stadt Wien die Auffassung, daß der Bund nach einem Bundesgesetz von 1928 verpflichtet ist, für die gesamten Kosten der Donauregulierung aufzukommen. Seitens des Ministeriums konnten bisher noch keine echten Argumente gegen diese Auffassung vorgebracht werden. Der Bautenminister hat an den Landeshauptmann die Frage gerichtet, ob die Kostenfrage nicht auf der Basis des Wasserbautenförderungsgesetzes geregelt werden könnte. Der Landeshauptmann hat darauf geantwortet, er könne dazu erst dann Stellung nehmen, wenn ihm die Höhe des Betrages mitgeteilt wird, die der Bund zu zahlen bereit ist. Das bisherige Ergebnis der Gespräche ist: Der Bautenminister wird der Regierung einen diesbezüglichen Bericht vorlegen. Ich zweifle nicht am guten Willen des Ministers, fürchte aber, daß seine guten Absichten bei der Regierung nicht ankommen werden.

Ausgestaltung des Augartens: Seitens der Stadt Wien liegt darüber ein konkretes Projekt mit einem Modell vor, das bereits einige Jahre alt ist. Der Wiener Bürgermeister hat bereits am 31. Dezember 1963 den damaligen Landwirtschaftsminister in einem Schreiben gebeten, Sorge für den Ausbau der Bundesgärten und besonders des Augartens zu tragen. Der Bürgermeister richtete an den Minister die Bitte, daß der Augarten gerade für das WIG-Jahr in Ordnung gebracht werde. Obwohl diese Bitten einige Male wiederholt wurden, hat man ihnen bisher leider nicht entsprochen.

Zum Problem des Baulärms: Es ist schon in der Debatte gesagt worden, daß Wiens Stadtbaudirektor bereits 1964 die Weisung erteilt hat, bei Bauten der Stadt Wien lärmarme Geräte zu verwenden. Da solche Geräte aber geringere Leistungen haben, als andere, werden sie von den Firmen nicht sehr gerne eingesetzt. Die Behauptung, daß man in Deutschland nur mehr lärmarme Baugeräte verwende, ist nicht richtig. Ich verweise nur auf den großen Lärm, der auf der Baustelle auf dem Münchner Stachus verursacht wird.

Außer der erwähnten Weisung des Baudirektors wurden auch dem Institut für Bauforschung zwei Aufträge erteilt, Vorschläge für lärmarme Maschinen auszuarbeiten. Wir hoffen, diese Vorschläge bald zu bekommen.

Luftverunreinigung: Diese Frage wurde in der Debatte mit vollem Recht gestellt. Bei den kritisierten Straßenarbeiten handelt es sich um die Fugenvergüsse bei Kleinsteinpflasterungen. Es gibt dafür auch eine andere Methode, nämlich die, die Fugen von Hand aus mit Hilfe eines Teerhäferls auszugießen. Dies kommt jedoch viel zu teuer. In Zukunft aber werden wir für diese Arbeiten den sogenannten Emulsionsmörtel verwenden, bei dem der Splitt schon eingearbeitet ist. Dazu ist allerdings zu sagen, daß die Kosten bei der alten Methode 13 Schilling pro Quadratmeter, bei der Verwendung von Emulsionsmörtel jedoch 20 Schilling pro Quadratmeter betragen.

Zur Stadtbildpflege: Darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Die Möglichkeiten unserer Architekturabteilung, auf die Fassadengestaltung Einfluß auszuüben, sind nicht sehr groß.

Architekten: In der Debatte wurde bereits die Zahl von 1.000 Architekten genannt, die in Wien eine Arbeitsbefugnis besitzen. Jahr für Jahr kommen zahlreiche neue Architekten aus den Akademien und Hochschulen. Sie alle wollen Aufträge von der öffentlichen Hand haben. In den nächsten Jahren werden wir jedoch nicht in der Lage sein, eine immer größere Zahl von Architekten dauernd zu beschäftigen. Die Studenten sollten dies schon bei ihrer Berufswahl berücksichtigen und sich zu einem Studium in Bauingenieur- oder im Maschinenbaufach entschließen, denn Bauingenieure und Maschinenbauer werden in ganz Österreich dringend benötigt.

Bei der Abstimmung über die Geschäftsgruppe Bauwesen werden die Ansätze des sechsten Hauptstückes mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und KLS angenommen. Der Antrag der ÖVP wird einstimmig den Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende, Gemeinderat Planek (SPÖ), unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen, Freitag, den 16. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VII (Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten) fortgesetzt. Referent ist Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

Kleine Adoptivmütter im Rathaus

=====

15. Dezember (RK) In den Wappensälen des Wiener Rathauses schlugen heute nachmittag Wiens jüngste Mütterherzen höher. Wie alljährlich vor Weihnachten übergab Stadtrat Maria Jacobi an kleine "Pflegermütter" aus den städtischen Kindergärten Puppen, die die Kinder bereits ein Jahr lang "in Pflege" hatten. Die 42 herzigen Pflegekinder, die für diesen Tag besonders liebevoll angezogen und aufgeputzt worden waren, wurden von Stadtrat Maria Jacobi der Reihe nach begutachtet. Dabei wurde darauf gesehen, ob sie gut gehalten waren und ihnen nicht etwa ein Plastik-Körperteil fehlte. Diese Inspektion der Pflegekinder fiel zur vollen Zufriedenheit aus und so konnte die stadträtliche "Mütterberaterin" den Kindern die Puppen mittels einer Schenkungsurkunde als unverlierbares Eigentum übertragen.

52 neu ausgesuchte Pflegermütter erhielten funkelneue Puppenkinder, die sie nun ein Jahr lang betreuen müssen, bis sie ihnen endgültig geschenkt werden. Sofort hatten die Kleinen für die noch anonymen "Kinder" jene Namen parat, die sie sicher schon lange im Sinn trugen. Auf einem beigefügten Merkblatt für die Puppenpflege stehen die beherzigenswerten Sätze: "Halte Dein Puppenbaby stets rein und sauber. - Lasse Dein Puppenbaby nicht zu lange in Wasser liegen. - Ein Puppenkind trägt am liebsten die von der Puppenmutter gearbeiteten Kleider. - Sei lieb zu Deinem Puppenkind, denn sein Herz ist gar empfindlich. - Komme regelmäßig in die Puppenmütterberatung, dort findest Du Rat und Hilfe."

Morgen um 15 Uhr findet eine ähnliche Puppenübergabe in städtischen Kindergarten Stadtpark statt.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

15. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit:
Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obst-
sorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Kohl 4 S, Stengelspinat 5 bis 6 S, Champignons
ab 24 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Bananen 6 bis 8 S, Orangen 4.50 bis
6 S je Kilogramm.

- - -

Schweinenachmarkt vom 15. Dezember
=====

15. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: O. Neuzufuhren
Inland: 184, Polen 63, Jugoslawien 201, Bulgarien 110, Ungarn
534, Gesamtauftrieb: 1.092. Verkauft wurde alles. Industrie-
ware Polen 134 Stück. Ausländische Schweine notierten: Polen
15.50 bis 16 S, Jugoslawien 15.10 bis 15.80 S, Bulgarien 15.10 S,
Ungarn 15.70 bis 16.50 S.

- - -

Rinder- und Pferdenachmarkt kein Auftrieb
=====

- - -